

Geschäftsordnung der UBDK

Antragsteller*in: Juso Unterbezirksvorstand
Tagesordnungspunkt: TOP 2.3 Beschlussfassung über die
Geschäftsordnung

Weiterleitung an: -

Antragstext

§ 1 Beschlussmehrheit

Die Beschlüsse der Unterbezirksdelegiertenkonferenz (UBDK) werden mit einfacher Mehrheit über das zur Verfügung gestellte Abstimmungstool gefasst, soweit die Satzung nichts anderes vorsieht.

§ 2 Mehrheitsfindung

Für die Mehrheitsfindung ist die von der Mandatsprüfungs- und Zählkommission (MPZK) festgestellte Anzahl der stimmberechtigten Anwesenden im Online-Abstimmungstool maßgebend. Anwesend meint nicht die Anwesenheit in Präsenz.

§ 3 Ersatzdelegierte

Ersatzdelegierte können während der gesamten Dauer der Konferenz das Stimmrecht von Delegierten übernehmen. Die Delegationsleitung des jeweiligen Stadtbezirks muss an die MPZK mitteilen, welche*er Delegierte*r die Konferenz verlässt und wer als Ersatzdelegierte*er nachfolgen soll. Der*die entsprechende Delegierte wird dann als stimmberechtigte Person geblockt und der*die Ersatzdelegierte stimmberechtigt. Der Wechsel kann jederzeit rückgängig gemacht werden. Dies muss jedoch erneut durch die Delegationsleitung angezeigt werden. Wird kein erneuter Wechsel angezeigt bleiben Ersatzdelegierte bis zum Ende der Konferenz oder bei einer mehrtägigen UBDK bis zum Ende des jeweiligen Konferenztages stimmberechtigt. Bei einer mehrtägigen UBDK ist die Nachnominierung von Delegierten am jeweiligen Konferenztag erneut vorzunehmen.

§ 4 Redezeit

23 Jedem*Jeder Teilnehmer*in steht eine Redezeit von zwei Mal drei Minuten je
24 Diskussionspunkt zu. Wortmeldungen werden elektronisch beim Tagespräsidium
25 eingereicht. Für den politischen Rechenschaftsbericht beträgt die Redezeit 10
26 Minuten. Für den geschäftlichen Rechenschaftsbericht 5 Minuten. Für die
27 Einbringung von Anträgen und des Arbeitsprogramms beträgt die Redezeit 3
28 Minuten.

29 **§ 5 Kandidierendenvorstellung**

30 Kandidierende können sich vor den Wahlen vorstellen. Bei der Vorstellung der
31 Kandidaturen zum geschäftsführenden Vorstand steht dazu eine Redezeit von fünf
32 Minuten, bei der Vorstellung der Kandidaturen für den Beisitz eine Redezeit von
33 drei Minuten zur Verfügung.

34 **§ 6 Digitale Abstimmungen und Wahlen**

35 Die Abstimmungen und Wahlen finde über das vom Juso-Unterbezirksvorstand zur
36 Verfügung gestellte Abstimmungstool statt. Abstimmungen sind grundsätzlich
37 öffentlich. Die Wahlen werden nicht verbindlich geheim digital durchgeführt und
38 anschließend durch eine rechtlich verbindliche Briefwahl bestätigt.

39 **§ 7 Redeliste**

41 Die Redeliste wird nach folgendem Verfahren geführt: Getrennt nach Männern und
42 Frauen werden die Wortmeldungen in der Reihenfolge ihrer Abgabe notiert. Das
43 Wort erhält dann jeweils im Wechsel ein Mann und eine Frau bzw. umgekehrt
44 (Reißverschlussprinzip). Es wird laufend nachquoting, d.h. Vertreter*innen
45 beider Geschlechter werden im Reißverschlussprinzip auf die Redeliste
46 aufgenommen. Steht eines der Geschlechter nicht mehr auf der Redeliste, ist die
47 Debatte beendet. Auf Antrag kann die Liste für drei weitere Vertreter*innen des
48 noch auf der Redeliste stehenden Geschlechts geöffnet werden. Dies kann nur zwei
49 Mal geschehen. Sobald sich wieder Vertreter*innen des anderen Geschlechts
50 melden, wird nachquoting.

51 **§ 8 Awareness Team**

52 1. Die Konferenz wählt per Akklamation ein Awareness Team aus drei Personen,
53 dem mindestens je eine männliche und eine weibliche Person angehört. Das
54 Team soll nach Möglichkeit nicht aus Delegierten, Vorstandsmitgliedern
55 oder solchen Personen bestehen, die auf der Konferenz ein Organ besetzen
56 oder für eine Wahl kandidieren. Der Vorstand kann Personen als
57 Teammitglieder vorschlagen. Verlässt ein Mitglied die Konferenz
58 frühzeitig, so endet seine Teammitgliedschaft. Eine Nachwahl kann
59 stattfinden.

60 2. Das Team kann ein sofortiges Rederecht und eine kurze Unterbrechung der
61 Konferenz in Absprache mit dem Präsidium einfordern, wenn eine
62 Grenzüberschreitung jedweder Art, insbesondere eine Diskriminierung,
63 stattfindet, ein respektvoller Umgangston nicht gepflegt wird oder eine
64 Debatte emotional eskaliert. Die Einschätzungen und Maßnahmen des Teams
65 sind unanfechtbar. Zu Reden des Teams findet keine Aussprache statt.

66 3. Jede*r kann sich während der gesamten Konferenz diskret an das Team
67 wenden, um auf eine Situation nach Absatz 2 Satz 1 hinzuweisen. Um die
68 Diskretion zu wahren, wird dem Team ein geeigneter (digitaler)
69 Rückzugsraum geboten. Ist die von einer Grenzüberschreitung betroffene
70 Person einverstanden, so kann das Team auch unter Preisgabe ihrer
71 Identität Vermittlungsgespräche, in einem entsprechenden digitalen Raum,
72 mit der grenzüberschreitenden Person führen.

73 **§ 9 Initiativanträge**

74 Anträge, die erst während der Konferenz gestellt werden („Initiativanträge“),
75 können nur berücksichtigt werden, wenn die darin behandelten politischen Fragen
76 unerwartet und zum Antragsschluss (20.02.2021) noch nicht aktuell waren. Sie
77 bedürfen außerdem der nachgewiesenen Unterstützung von mindestens 20
78 stimmberechtigten Anwesenden aus mindestens drei Stadtbezirken. Dies muss von
79 den Unterstützer*innen einzeln dem Präsidium mitgeteilt werden. Antragsschluss
80 für diese Anträge ist Samstag, der 06.03.2021 um 13.00 Uhr.

81 **§ 10 Änderungsanträge**

82 Änderungsanträge müssen elektronisch über Antragsgrün eingereicht werden. Über
83 Änderungsanträge während der Konferenz muss das Präsidium vorab informiert
84 werden. Eine verbale Einreichung ist nicht ausreichend.

85 **§ 11 Frist für Kandidaturen**

86 Alle Kandidaturen zu Wahlen sind beim Tagespräsidium bis Samstag, den 06.03.2021
87 10:30 Uhr über Antragsgrün einzureichen.

88 **§ 12 Beschluss der Geschäftsordnung**

89 Abstimmungen über die Geschäftsordnung erfolgen, wenn keine Gegenrede erfolgt,
90 sofort. Bei Gegenrede nachdem jeweils ein*e Redner*in für und gegen den Antrag
91 gesprochen haben.

92 **§ 13 Persönliche Erklärungen**

93 Persönliche Erklärungen sind nur am Schluss der Debatte zu einem
94 Tagesordnungspunkt zulässig und sind dem Präsidium elektronisch anzuzeigen. Die
95 Redezeit beträgt zwei Minuten. Zu persönlichen Erklärungen findet keine
96 Aussprache statt und sie wird nicht kommentiert.

97 **§ 14 Antragsreihenfolge**

98 Die Antragsreihenfolge bestimmt sich durch die Priorisierungswünsche der
99 Delegierten, die im Vorfeld der Konferenz abzugeben sind. Jede*r Delegierte*r
100 hat im Rahmen der Antragspriorisierung drei Stimmen. Eine Kumulation von Stimmen
101 ist nicht zulässig und führt zur Ungültigkeit aller von einer*einem Delegierten
102 abgegebenen Stimmen. In begründeten Ausnahmen können einzelne Anträge auch
103 seitens des JUBV oder auf Vorschlag der Antragskommission priorisiert werden.
104 Satzungsändernde Anträge werden vor allen anderen Anträgen behandelt und die
105 Reihenfolge vom JUBV festgelegt.

106 **§ 15 Konferenzende**

107 Die Konferenz endet spätestens am Sonntag, den 07.03.2021 um 16.00 Uhr. Bis
108 dahin nicht behandelte Anträge werden an den Juso-Unterbezirksvorstand
109 überwiesen.

110 **§ 16 Briefwahl**

111 Die Vorstandswahlen und Wahlen der Delegationen werden im Anschluss an die
112 Konferenz durch eine Briefwahl bestätigt. Die Briefwahlunterlagen werden nach
113 der Konferenz ausschließlich an die gewählten Delegierten postalisch versendet.
114 Ersatzdelegierte sind nicht stimmberechtigt. Die Unterlagen müssen postalisch an
115 das Parteihaus zurückgesendet werden und dort bis zum 20.03. ankommen. Hierfür
116 wird ein vorfrankierter Brief zur Verfügung gestellt. Die Auszählung findet dann
117 in den folgenden 7 Tagen statt und wird von der MPZK durchgeführt. Im Anschluss
118 wird das Ergebnis auf der Website und Social Media veröffentlicht, sowie per
119 Mail an alle Mitglieder versendet.

120 **§ 17 Protokoll**

121 Nach Schließung der UBDK muss die Urschrift des Protokolls ausgedruckt und von
122 der verfassenden Person des Präsidiums unterschrieben werden. Das Protokoll ist
123 spätestens drei Werktage nach Verkündung des Briefwahlergebnisses beim JUBV
124 einzureichen.

1 - A0 Arbeitsprogramm 2021

Antragsteller*in: Juso Unterbezirksvorstand

Tagesordnungspunkt: Angenommene Anträge

Weiterleitung an: JUBV

Antragstext

1 **Arbeitsprogramm 2021**

2 Mit dem Arbeitsprogramm legen die Jusos Köln bei ihrer
3 Unterbezirksdelegiertenkonferenz (UBDK) für ein Vorstandsjahr ihre inhaltliche
4 Agenda fest. Es umfasst sowohl inhaltliche Schwerpunkte, sowie strukturelle
5 Gegebenheiten, die vom gewählten Juso Unterbezirksvorstand (JUBV) umgesetzt
6 werden müssen. Über dieses Arbeitsprogramm wird am Ende eines jeden
7 Vorstandsjahres Rechenschaft abgelegt.

8 **Inhaltliche Schwerpunkte für das Jahr 2021**

9 *Soziale Gerechtigkeit*

10 Wenn wir gesamtgesellschaftlich vorankommen wollen, müssen wir uns mehr der
11 Thematik von Ungleichheit verschiedener beruflicher Tätigkeiten widmen. Dass wir
12 in einer Gesellschaft leben, in der Berufe nach wie vor systematisch abgewertet
13 werden, beispielhaft aufgeführt Reinigungspersonal, Lieferdienste,
14 Pflegepersonal oder erzieherische Tätigkeiten, ist für uns nicht hinnehmbar. Wir
15 müssen uns damit auseinandersetzen, wieso nach wie vor den für unsere
16 Gesellschaft wichtige Berufe nicht die entsprechende Wertschätzung
17 entgegengebracht wird.

18 Konzepte mit denen wir uns in diesem Zusammenhang auseinandersetzen müssen sind:

- 19 • das Bedingungslose Grundeinkommen und dessen Vor- und Nachteile, sowie
20 dessen missbräuchlichen Einsatz (bspw. BGE als Ersatz für
21 Sozialleistungen)

- 22 • Rahmenbedingungen zur Verbesserung für herausfordernde Jobs
- 23 • Einführung einer vier Tage Woche bei vollem Lohnausgleich

24 Dabei müssen wir uns auch der Erarbeitung und Ideensammlung widmen, wie wir
25 diese Grundideen in unsere Konzepte für eine sozial gerechte Gesellschaft
26 integrieren können.

27 Weiterhin sollten wir mit Blick auf Corona und dem auferlegten Home Office noch
28 einmal über unbezahlte Tätigkeiten, die zumeist von Frauen ausgeübt werden,
29 widmen und wie man hier einen Ausgleich schaffen kann und auch diesen
30 Tätigkeiten mehr Wertigkeit zuschreiben kann bzw. die belasteten Personen mehr
31 entlasten und unterstützen kann, indem man diese Aufgaben in die
32 gesamtgesellschaftliche Aufgabe zurückführt.

33 Weiterhin wollen wir uns dem Thema Obdachlosigkeit widmen und entsprechende
34 Initiativen und Vereine in Köln unterstützen, die Hilfen und Anlaufstellen für
35 obdachlose Menschen bieten. Die Problematik der Obdachlosigkeit ist nicht nur in
36 Köln ein drängendes Problem, sondern in immer mehr Großstädten ein beobachtbares
37 Versagen unseres sozialen Systems. Obdachlosigkeit ist kein Zustand, mit dem wir
38 als Jungsozialist*innen betroffene Personen alleine lassen dürfen. Ein großes
39 Problem sind die immer weiter explodierenden Mieten, die in Städten immer weiter
40 zunehmen, so dass Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen oder ohne
41 Arbeitsverhältnis immer weiter aus dem Stadtbild zurück gedrängt werden. Anders
42 gesagt, wer sich Köln nicht leisten kann, der soll auch keinen Platz hier haben.
43 Dennoch sind Mietpreise nicht der einzige Grund und häufig nicht der Hauptgrund,
44 wieso Menschen in der Wohnungslosigkeit oder sogar Obdachlosigkeit landen. Wir
45 wollen dem Thema mehr gesellschaftlichen Raum verschaffen und darüber aufklären
46 und uns mit präventiven Maßnahmen und Hilfsangeboten auseinander setzen.

47 Migration und Vielfalt

48 Die deutsche Nachkriegszeit ist geprägt von Migration und Flucht, jedoch werden
49 Zuwanderungsgeschichten in der heutigen Gesellschaft unterschiedlich konnotiert.
50 Bereits in Folge des zweiten Weltkrieges führte die Teilung Deutschlands und des
51 europäischen Kontinents zu Fluchtbewegungen. In der Folge waren Ende 1947 etwa
52 ein Viertel der Bevölkerung der sowjetisch besetzten Zone Geflüchtete; in der
53 amerikanisch besetzten Zone waren es circa 18 Prozent und in der britischen
54 knapp 15 Prozent. Die französischen Besatzungsbehörden weigerten sich
55 Flüchtlinge und Vertriebene aufzunehmen, weshalb ihr Anteil dort nur bei rund
56 einem Prozent lag. Bis zum Bau der Mauer 1961 flohen rund 3,1 Mio. Menschen aus
57 Ost- nach Westdeutschland sowie rund 500.000 Menschen von West- nach
58 Ostdeutschland.

59 Obwohl die deutsche Gesellschaft bereits Mitte des 20. Jahrhunderts von Flucht
60 und Migration geprägt war, werden bis heute jene Menschen verurteilt, die im
61 Zuge der Arbeitsmigration in die BRD migriert sind. Das Narrativ: „Wo kommst du
62 eigentlich her?“

63 Unter den 14 Mio. sogenannten „Gastarbeiter*innen“ entschieden sich letztlich
64 rund drei Mio. dafür, in dem Land zu bleiben, das sie mit aufgebaut haben. Für
65 das sie sich zunächst von ihrer Familie und ihrer Heimat trennen mussten. Diese
66 Menschen und folgende Generationen haben ein Recht darauf das Land, in dem sie
67 leben, als ihre Heimat zu definieren und den Diskurs dafür müssen wir als Jusos
68 schaffen.

69 Im Zuge der Einwanderung wurde von staatlichen Trägern nie eine inklusive
70 Gesellschaft forciert. Stets führte der Ansatz der Integration zu einer
71 systematischen Separation der Gastarbeiter*innen von der Mehrheitsgesellschaft.
72 Während rechte und rechtsextreme Organisationen, wie die AfD, bis heute das
73 Narrativ eines „Migranten“ stützen, der nicht bereit sei Teil der Gesellschaft
74 zu sein, wird die eigene verfehlte Verantwortung, Menschen den Weg der Inklusion
75 zu ebnet, nicht hinterfragt. Um es am Kölner Beispiel festzumachen: Der
76 Gastarbeiter in Mülheim sollte nie in Kontakt treten mit dem Akademiker in
77 Lindenthal. Der Akademiker hat keinen Beitrag geleistet, um eine vielfältige und
78 solidarische Gesellschaft zu schaffen, beschwert sich jetzt aber darüber, dass
79 es „Döner mit Allem“ sei und nicht „Döner mit Alles“.

80 Neben dem selbstverständlichen und klaren Bekenntnis zu den Menschenrechten,
81 muss Aufarbeitung und Wertschätzung folgen, für die sich jede*r Jungsozialist*in
82 verantwortlich fühlen muss. Wir sind die Generation, die für eine in Vielfalt
83 geeinte und solidarische Gesellschaft streiten wollen und müssen. Dazu möge der
84 Vorstand der Jusos Köln im Vorstandsjahr 2021 folgende Themen bearbeiten:

85 1. Ein modernes Einwanderungsgesetz darf den Menschen nicht ausschließlich als
86 Arbeitskraft definieren, sondern muss die Stärke einer vielfältigen Gesellschaft
87 anvisieren. Die Jusos Köln mögen sich mit der Vision eines neuen
88 Einwanderungsgesetzes auseinandersetzen.

89 2. Über ein „Wir und Ihr“ darf sich keine Gesellschaft des 21. Jahrhunderts
90 definieren. Im Sinne des Internationalismus muss sich jeder Mensch als Teil
91 einer großen Gesellschaft fühlen können und die Mehrheitsgesellschaft muss diese
92 Gesellschaftsstruktur ermöglichen und erkämpfen. Dazu leisten die Jusos Köln
93 ihren Beitrag.

94 3. Die Historie der Gastarbeiter*innen und ihrer folgenden Generationen braucht
95 eine adäquate Aufarbeitung. In der Gesellschaft braucht dieses Thema mehr und
96 größere Plattformen, dafür setzen sich die Jusos Köln ein.

97 4. Die Integrationspolitik darf nicht die gleichen Missstände verursachen für
98 Einwanderer und Geflüchtete, wie in Zeiten der Gastarbeiter*innen. Die Jusos
99 Köln werden sich mit einer zukunftsfähigen Integrationspolitik, die jeden
100 Menschen als gleichberechtigten Teil der Gesellschaft behandelt, beschäftigen.
101 Plena und sonstige Veranstaltungen werden für einen offenen Austausch sorgen.

102 5. Die Jusos Köln setzen sich für eine BPoC-Vernetzung auf Ebene des
103 Unterbezirks ein.

104 *Umwelt- und Klimaschutz*

105 Klimaschutz beginnt immer auch vor der eigenen Haustür. Deshalb möchten wir uns
106 dafür einsetzen die Arbeit der Jusos Köln möglichst klimaschonend zu gestalten.
107 Besonders bei Reisen und Logistik versuchen wir den ökologischen Fußabdruck
108 gering zu halten.

109 Außerdem gilt es uns und unsere Mitglieder im Bereich nachhaltiger Konsum
110 weiterzubilden. Das umfasst besonders die Bereiche Recycling, erneuerbare
111 Energien und Ernährung. Daran anknüpfend, setzen wir uns für eine kritische
112 Reflexion der derzeitigen Lebensmittelproduktion ein, wie zum Beispiel die
113 industrielle Tierhaltung oder ökologisch nachhaltige Landwirtschaft.

114 Dabei gilt es stets die soziale Perspektive von Umwelt- und Klimaschutz in den
115 Blick zu nehmen und gemäß unserer jungsozialistischen Tradition zu überlegen,
116 wie sich der ökologische Wandel gemeinsam mit den Gewerkschaften denken lässt.
117 Besonders zu aktuellen Entwicklungen der Industrie in Köln, gilt es Positionen
118 zu entwickeln und mit anderen Akteur*innen zu diskutieren. Besonders die
119 Vernetzung mit Fridays For Future und den Gewerkschaften soll deshalb gepflegt
120 werden.

121 Auch das Bauwesen muss unter der Perspektive der Nachhaltigkeit betrachtet
122 werden. Exemplarisch dafür stehen die Begrünung von Städten und Dächern sowie
123 die Gestaltung des Stadtbildes unter Berücksichtigung der Folgen des
124 Klimawandels (z.B. pflanzliche Schattenspender an Bushaltestellen).

125 Die oben genannten Themen können nicht nur in Form von Anträgen und
126 Informationsveranstaltungen, sondern auch durch interaktive Workshops oder
127 gemeinsame (hybride) Ausflüge erfolgen, um die Notwendigkeit ökologischen
128 Handelns zu veranschaulichen.

129 *Digitalisierung*

130 Befähigung zur Digitalisierung

131 In Deutschland tut man sich schwer mit der Digitalisierung. Das Spannungsfeld
132 ist bestimmt durch schnelle, wirtschaftliche Innovation, angemessen hohe
133 datenschutzrechtliche sowie sicherheitstechnische Ansprüche und einen Mangel an
134 konstruktiver Fehlerkultur. Es braucht viel Fantasie, was die Lösung von
135 Problemen angeht und vor allem eines: Wissen. Wer sich in der Materie sicher
136 bewegt, kann Digitalisierung inklusiv und sozial vorantreiben. Doch dieses
137 Wissen fehlt in der Gesellschaft weitestgehend oder ist nur punktuell
138 ausgeprägt. Deswegen stellen die Jusos Köln zum Thema Digitalisierung die
139 Bildung in den Vordergrund. In Schulen und Bildungseinrichtungen muss diesem
140 Defizit entgegengetreten werden. Dazu gehört neben der technischen Ausstattung,
141 dass Lehrkräfte entsprechend zu unterstützen sind. Es kann nicht sein, dass die
142 Pflege und Weiterentwicklung von Digitalisierung von Bildungseinrichtungen in
143 der Regel von engagierten Lehrkräften geleistet wird, die dies ehrenamtlich
144 neben ihrer eigentlich Lehrtätigkeit leisten.

145 Wo stehen wir und wo wollen wir hin? Das sind Fragen, auf die die Jusos Köln im
146 Verlauf des Jahres Antworten finden und Positionen schärfen wollen.

147 Breitbandausbau

148 Gerade in Corona-Zeiten merken viele Bürger*innen, wie wichtig schnelles
149 Internet zu Hause ist, um angemessen an Bildung und am Arbeitsmarkt teilhaben zu
150 können. Momentan ist dies nicht im gesamten Stadtgebiet gewährleistet. Das
151 trifft Menschen in schwierigen finanziellen Verhältnissen besonders hart. Mit
152 der NetCologne GmbH besitzt die Stadt Köln ein eigenes Unternehmen, um den
153 Breitbandausbau zu fördern und weiterzuentwickeln. Deren Ziel muss es sein,
154 jedes Haus im Stadtgebiet mit einem zukunftsfähigen Glasfaseranschluss zu
155 versorgen. Die Jusos Köln sollen sich im kommenden Vorstandsjahr mit folgenden
156 Fragestellungen beschäftigen: Wie weit ist die Stadt beim Breitbandausbau, warum
157 geht dieser nicht schneller voran und wie kann man ihn beschleunigen kann?

158 Public Money - Public Goods

159 Wir setzen uns dafür ein, dass eine rechtliche Grundlage geschaffen wird, sodass
160 mit öffentlichen Geldern für die öffentliche Verwaltung entwickelte Software
161 unter einer Freie-Software- und Open-Source-Lizenz veröffentlicht wird.

162 Durch proprietäre¹ Software entsteht eine starke Abhängigkeit zu Konzernen.
163 Lizenzen schränken die öffentliche Arbeit oft ein oder die Konzerne lassen sich
164 Erweiterungen viel Geld kosten. Durch quelloffene Programme sind Anpassungen an
165 die verwaltungstechnische Infrastruktur nicht nur einfacher umzusetzen,
166 Änderungen können leicht von anderen Behörden übernommen werden.

167 Durch Open-Source-Lizenzen können Sicherheitslücken leichter gefunden und
168

geschlossen werden.

169 Open-Source-Programme sind Teil des Allgemeinguts. Programme, die als freie
170 Software entwickelt wird, kommt der gesamten Bevölkerung zugute.

171 Wir möchten uns einen Überblick verschaffen inwieweit die Stadt Köln proprietäre
172 Software verwendet und darauf hinwirken, dass diese langfristig durch Open-
173 Source-Software oder freie Software ersetzt wird.

174 Uploadfilter

175 Erste Entwürfe des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zur
176 Umsetzung der EU-Urheberrechtsreform in nationale Gesetz klangen
177 vielversprechend und wurden sowohl von der Presse als auch von zivilen
178 Organisationen positiv aufgenommen. Doch im letzten Moment wurde auf betreiben
179 der CDU hin dieser Entwurf zugunsten der Wirtschaft und entgegen der von ihr
180 gemachten Versprechen, weitestgehend auf Uploadfilter verzichten zu wollen, im
181 Kabinett abgeändert.

182 Wir werden die weitere Entwicklung kritisch begleiten und fordern, dass sobald
183 ein Fall bekannt wird, in welchem durch Uploadfilter ein Beitrag zu Unrecht
184 blockiert wird, die Regelungen korrigiert werden müssen. Auch dürfen
185 Uploadfilter und das

186 Leistungsschutzrecht nicht dazu missbraucht werden unliebsame Informationen zu
187 blockieren. Die Informationsfreiheit und die freie Meinungsäußerung der
188 Bevölkerung sind höher zu bewerten als die Interessen der Wirtschaft.

189 Bündnisarbeit

190 Die Digitalisierung wird neben dem Klimawandel eine der stärksten Veränderungen
191 in den nächsten Jahrzehnten mit sich bringen. Dieser Wandel darf jedoch nicht
192 nur sich selbst überlassen oder Profit getrieben vorangebracht werden. Um auch
193 in Zukunft die Grundrechte der Bürger*innen ausreichend zu schützen und ihre
194 sozialen Belange verantwortungsvoll in den Wandel integrieren zu können, braucht
195 es einen ausführlichen Austausch aus Politik und zivilgesellschaftlichen
196 Organisationen. Die Jusos Köln möchten sich deshalb Bündnispartner*innen suchen,
197 um schnell und effektiv auf neue Gegebenheiten reagieren zu können.

198 Als Beispiel soll hier auch die Initiative Public Money - Public Code
199 (<https://publiccode.eu/de/>) überprüft und unterstützt werden.

200 Digitalisierung bei den Jusos Köln

201 Auch wir mussten im vergangenen Jahr unsere gewohnten Abläufe überdenken und
202 coronakonform anpassen. Die Jusos Köln sollen sich frühzeitig mit der Zeit nach
203 der Pandemie beschäftigen: Wie arbeiten wir zukünftig zusammen? Durch die
204 digitalen Plena wurde klar, dass es für dieses Format eine Nachfrage gibt und
205 doch sind dadurch Treffen in Präsenz nicht ersetzen. Welche Aufteilung sinnvoll
206 ist, ist zu konzipieren. Klar ist: der Datenschutz der Mitglieder muss bei allen
207 Überlegungen eine hervorgehobene Rolle spielen. Die Digitalisierung unseres
208 Verbandes hört nicht mit digitalen Veranstaltungen auf. Eine sinnvolle Ergänzung
209 ist eine ausführliche und transparente Oberfläche zur Nachverfolgung von
210 Beschlüssen und andere Weiterentwicklungen sind zu diskutieren. Hier sind alle
211 Mitglieder des Verbandes eingeladen, Vorschläge und Best Practices einzubringen.

212 **Grundsatz**

213 **Kein Fußbreit dem Faschismus und Antisemitismus**

214 Sei es in Halle oder in Hanau, überall können wir vermehrt faschistische und
215 antisemitische Übergriffe, Anschläge und radikale Tendenzen erkennen. Es ist und
216 bleibt eine unserer Hauptziele und Hauptaufgaben, den Faschismus einzudämmen.
217 Auch unsere Gesellschaft und unser Sicherheitssystem, sei es der
218 Verfassungsschutz oder die Polizei, muss erkennen, dass die Gefahr nur aus einer
219 Richtung kommt und zwar von rechts. Es ist für uns ein indiskutabler Grundsatz,
220 dass wir uns diesem System entgegenstellen und faschistischen Tendenzen keinen
221 Platz in unserer Gesellschaft lassen!

223 **Nulltoleranz gegenüber jedem Sexismus!**

224 Wie in eigentlich jedem Jahr, werden wir uns auch 2021/2022 weiter mit Sexismus
225 beschäftigen und unseren Verband stark machen im Kampf gegen sexistische
226 Strukturen und Personen innerhalb unserer Partei. Wir verfolgen dabei eine ganz
227 klare Linie: Nulltoleranz gegenüber jedem Sexismus!
228 Insbesondere werden wir uns mit Phänomenen wie sogenannten Pick-up Artists,
229 Loverboys, Incels, toxischer Männlichkeit und Stealthing, aber auch mit Dating-
230 Maschen wie Lovebombing,Breadcrumbing und Gaslighting auseinandersetzen. Klares
231 Ziel: Unsere Mitglieder und weitere Interessierte zu diesen Themen aufklären und
232 stärken, indem wir ihnen Strategien und Anlaufstellen an die Hand geben, wie sie
233 - falls sie oder ihre Freund*innen davon betroffen sein sollten - damit umgehen
234 können.
235 Darüber hinaus zeigt dieses Thema immer wieder aufs Neue, wie wichtig
236 Empowerment von Frauen* innerhalb, aber auch außerhalb von Frauen*netzwerken
237 ist. Wir als JUBV wollen daher den Roten Salon bei seiner Arbeit unterstützen
238 und die engagierten Genossinnen* in unsere Arbeit zu Themen mit Bezug zu
239 Lebenslagen von Frauen* einbinden.

240 **Wahlkampf**

241 Die Organisation und Planung des Bundestagswahlkampfes wird durch das
242 Wahlkampfteam organisiert, was sich im Januar 2021 konstituiert hat. Dabei ist
243 eine enge Zusammenarbeit mit dem JUBV unerlässlich und wird durch die Mitarbeit
244 zweier JUBV Mitglieder gesichert. Allerdings sind die JUBV Mitglieder lediglich
245 als Mittler*innen zu sehen und nicht als vorgebende Personen. Das Wahlkampfteam
246 ist frei in der Gestaltung und Umsetzung des Wahlkampfes. Der JUBV hat vor allem
247 eine unterstützende und beratende Funktion. Außerdem ist der JUBV verpflichtet
248 bei der Mobilisierung zu Aktionen (online und offline) und Social Media
249 Kampagnen zu unterstützen und dem Wahlkampfteam Zugang zu den entsprechenden
250 Kanälen zu verschaffen oder alternativ die Umsetzung einer Social Media
251 Strategie anderweitig zu gewährleisten. Wahlkampfmittel, die der JUBV vom SPD
252 Unterbezirk erhält, sind dem Wahlkampfteam mitzuteilen und diesem vollständig
253 zur Verfügung zu stellen.

254 Sofern mit Sanae Abdi die Juso Kandidatin für den Wahlkreis 93 (Innenstadt-Nord,
255 Kalk und Porz) von der Wahlkreisdelegiertenkonferenz der Köln SPD nominiert
256 wird, ist der Wahlkampf entsprechend zur besten Unterstützung unserer Kandidatin
257 auszurichten. Andernfalls ist der Wahlkampf frei von Personen rein inhaltlich zu
258 gestalten.

259 **Aktionstage**

260 Aktivitäten auf der Straße oder durch Online-Kampagnen, zur Unterstützung
261 unserer politischen Positionen und zum Ausdruck unserer Solidarität ggü.
262 Initiativen, Bündnissen, Arbeitsgemeinschaften etc. gehören zu unserer täglichen
263 Arbeit. Dabei ist die Unterstützung der einzelnen Juso Stadtbezirke
264 unerlässlich, um flächendeckend das städtische Bild zu prägen und aufzufallen.

265 Wir verpflichten uns an folgenden Gedenktagen, Aktionstagen, Demos etc.
266 teilzunehmen bzw. uns öffentlich zu äußern oder Aktionen zu organisieren:

- 267 • 08. März - Frauenkampftag
- 268 • 21. März - Welttag gegen Rassismus
- 269 • 01. Mai - Tag der Arbeit
- 270 • Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer des NS-Regimes
- 271 • 9. November - Reichspogromnacht, Mauerfall
- 272 • 19. Dezember - Gedenktag für die Opfer des Völkermordes an Sinti und Roma

273 • 27. Januar - Holocaust Gedenktag

274 • CSD und IDAHOBIT

275 Grundsätzlich gilt eine Beteiligung an sämtlichen antifaschistischen Initiativen
276 und Bündnissen, queerpolitischen Aktivitäten, Demos zum Thema Klima- und
277 Umweltschutz, Gedenktage gegen das NS-Regime, feministischen Initiativen und
278 Veranstaltungen, Demonstrationen zu tagesaktuellen Themen (auf Bundes- und
279 Landesebene).

280 **Grundlagen der Juso Arbeit**

281 Die Grundlagen der Juso Arbeit umfassen die immer wiederkehrende Arbeit der
282 Jusos Köln.

283 Darunter fallen:

284 • Plena (offen und thematisch fokussiert)

285 • Neumitgliederarbeit, Aktionen für länger inaktive Mitglieder

286 • Pressearbeit

287 • Repräsentation in die Gesellschaft und ggü. der KölnSPD

288 • Bündnisarbeit (GJ, Solid, politische Verbände und Initiativen,
289 antifaschistische Bündnisse, Gewerkschaften), diese ist aufrecht zu
290 erhalten, aufzubauen und zu vertiefen

291 • Betreuung der Website

292 • Betreuung der Social Media Kanäle

293 • Organisation von Themenkonferenzen und min. einmal im Jahr einer UBDK

294 • Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen Juso Unterbezirken, wie bspw.
295 Bonn

296 • Organisations Arbeitskreis

297 • Unterstützung der weiteren Arbeitskreise

- 298
- Ermöglichung zur Gründung neuer Arbeitskreise und ggf. Betreuung

299 Darüber hinaus soll an folgenden Konzepten weiter gearbeitet werden und folgende
300 Aktivitäten sollen umgesetzt werden:

- 301
- Skill-Sharing Workshops (z.B. Design, Rhetorik, Antragserstellung...)

- 302
- Konzept zur Schaffung von mehr Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit (siehe
303 auch Punkt Social Media)

304 Social Media Arbeit

305 Für eine optimale Social Media Arbeit wird zu Beginn der Amtszeit ein Konzept
306 überlegt, was konsequent das Jahr über verfolgt wird (Ausnahme: im
307 Bundestagswahlkampf bedarf es hier einer engen Abstimmung mit dem Wahlkampfteam,
308 da dieses eine eigene Social Media Strategie erarbeiten wird).

309 Anmerkung: An der Erstellung des Arbeitsprogramms waren verschiedene
310 Genoss*innen beteiligt, daher kann es zu unterschieden in der Formatierung,
311 Ausgestaltung und Formulierung kommen.

312 ¹ Bei proprietärer Software ist der Programmcode als Betriebsgeheimnis unter
313 Verschluss und Sicherheitslücken werden oft lange Zeit nicht gefunden und
314 geschlossen.

2 - A20 Gegen die Abschaffung des Fachs Sozialwissenschaften in NRW

Antragsteller*in: Stadtbezirk Ehrenfeld, Juso
Hochschulgruppe der Uni Köln
Tagesordnungspunkt: Angenommene Anträge

Weiterleitung an: JUBV, UBV der KölnSPD

Antragstext

1 Die Jusos Köln sprechen sich gegen den Entwurf zur Änderung der
2 Landeslehramtszugangsverordnung der Landesregierung NRW aus, welcher durch
3 Änderung der Ausbildung einen weiteren Schritt zur Abschaffung des Schulfaches
4 „Sozialwissenschaften“ hin zu „Wirtschaft/Politik“ vorsieht.

5 Bereits erfolgte Schritte wie z. B. die Einführung des neuen Faches mit Beginn
6 des Schuljahres 2019/20 in der Sekundarstufe I lehnen wir ebenfalls ab und
7 fordern eine Rückänderung.

8 Die Jusos Köln betrachten es als notwendig, dass die Bereiche Wirtschaft,
9 Politik und Soziologie nur zusammen gedacht werden können. Die bereits erfolgte
10 und weiter geplante Schwächung des Fachbereichs Soziologie verwehrt einen
11 vollumfänglichen, kritischen Blick auf die Gesellschaft. Diesen verstehen wir
12 jedoch als einen nicht zu ersetzenden Bestandteil des Lehrplans.

13 Darüber hinaus solidarisieren wir uns mit den bereits ausgebildeten Lehrer*innen
14 und aktuellen Studierenden der Sozialwissenschaften.

15 Weiterhin fordern wir die KölnSPD auf, sich zu positionieren und gegen diese
16 Reform auszusprechen.

Begründung

Die schwarz-gelbe Landesregierung in NRW möchte das Studien- und Unterrichtsfach „Sozialwissenschaften“ mit dem Fach „Wirtschaft/Politik“ ersetzen. Diese Reform bringt weitreichende Folgen und Unsicherheiten mit sich. Während bisher das Unterrichtsfach „Sozialwissenschaften“ die Disziplinen Politik, Ökonomie und Soziologie vereinte, ist **im neuen Unterrichtsfach „Wirtschaft/Politik“ keine Vermittlung soziologischer Kompetenzen** vorgesehen.

Unsere gesellschaftlichen Probleme sind komplex, daher ist die zentrale Leitidee der Sozialwissenschaften, sich interdisziplinär mit gesellschaftlichen Herausforderungen und Problemen auseinanderzusetzen, sie zu deuten und Maßnahmen zu ergreifen, in der Schulbildung von großer Bedeutung.

Erfreulicherweise gewinnen politische Bewegungen, gerade bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, in den letzten Jahren wieder an Bedeutung. Die Reaktion unserer Landesregierung ist jedoch keine andere, als die politische sowie die demokratische Bildung von Schüler*innen einzuschränken. Das ist skandalös. Stattdessen wird auf eine **zunehmende Ökonomisierung der Schulen und Hochschulen** gesetzt, die uns in dieser Form bei zentralen sozialen und gesellschaftlichen Fragen nicht weiterbringt.

Inhaltlich schließen wir uns auch der Kritik der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW NRW) an:

„**Kinder müssen lernen, sich in komplexen gesellschaftlichen Situationen zu orientieren** und entsprechend handeln zu können. Wer meint, dieses Bildungsziel durch ein neues Studien- und Unterrichtsfach “Wirtschaft/Politik” ersetzen zu können, hat nicht verstanden, was genuin sozialwissenschaftliche Bildung ausmacht.

Politische Bildung an Schulen stärken, nicht abschaffen! Anstatt sich um eine bessere politische Bildung an den Schulen zu bemühen – hier ist seit Jahren der höchste Unterrichtsausfall und die höchste fachfremde Unterrichtsversorgung zu beklagen –, setzt das von der FDP geführte Schulministerium auf die weitere Schwächung der in der nordrhein-westfälischen Verfassung verankerten Verpflichtung, an Schulen politische Bildung anzubieten.“

Zudem sind viele **Lehramtsstudierende und Lehrer*innen des Fachs Sozialwissenschaften durch diese Reform verunsichert**, da es noch unklar ist, welche langfristigen Probleme dadurch in ihrem Arbeitsalltag entstehen. Auch wenn die Landesregierung beteuert, eine Zusatzqualifikation für bereits ausgebildete Lehrer*innen bzw. Lehramtsstudent*innen sei nicht nötig, ist die Unsicherheit bezüglich des neuen Unterrichtsfach weiterhin groß.

3 - A16 Rassismus ist keine Meinung! Lehrer*innen und Schüler*innen im Umgang mit Rassismus stärken!

Antragsteller*in: Stadtbezirk Innenstadt
Tagesordnungspunkt: Angenommene Anträge

Weiterleitung an: Landeskonferenz der NRWJusos

Antragstext

1 Nicht erst seit den Anschlägen von Hanau und Halle ist struktureller Rassismus
2 in Deutschland deutlich, denn der tagtägliche Rassismus ist ständig auf der
3 Straße und nun leider auch in allen Parlamenten durch die AfD vertreten. Noch im
4 Jahr 2021 wird in der Sendung „Die letzte Instanz“ im WDR Rassismus verharmlost
5 und interkulturellen Vereinen die Kompetenz abgesprochen, ohne die eigene zu
6 reflektieren. Doch Reflektion ist keine angeborene Fähigkeit, sie wird erlernt.

7 In der öffentlichen Debatte wird stets von latentem Rassismus gesprochen, die
8 Frage aber nicht erörtert für wen die Latenz gilt. Denn was für die
9 Mehrheitsgesellschaft latent erscheint, ist für marginalisierte Teile der
10 Gesellschaft als klarer Rassismus wahrnehmbar und spürbar. Sprache ist eines der
11 prägendsten Mittel, um Denken und Handeln zu steuern, doch sind die wenigsten
12 Menschen bereit ihre Sprache zu reflektieren, oder sie wissen es nicht besser.

13 Für Betroffene wird durch Sprache Rassismus normalisiert, erst recht, wenn sie
14 bereits im Kindesalter damit konfrontiert werden. So sind Lehrer*innen in einer
15 besonderen Rolle, sensibel und kompetent mit rassistischen Missständen und ihrer
16 eigenen Macht umzugehen. Fehlverhalten von Wenigen können in einem derart
17 prägenden Berufsbild zu einer Schädigung von vielen Betroffenen führen.

18 Aber der Fokus darf nicht nur auf diesen Fehlverhalten liegen, die meist durch
19 latente Rassismen bestärkt werden. Gleichzeitig muss an alle Lehrer*innen
20 gedacht werden, die im Umgang mit rassistischen und diskriminierenden
21 Situationen nicht alleine gelassen werden dürfen. Das Elternhaus, der
22 soziokulturelle Hintergrund und viele weitere Gründe führen zu Rassismus seitens
23 der Schüler*innen. Um diesen Umständen eine adäquate Prävention bieten zu
24 können, beschließen die Jusos Köln, dass

3 - A16 Rassismus ist keine Meinung! Lehrer*innen und Schüler*innen im Umgang mit Rassismus stärken!

- 25 1. Lehrer*innen und jegliches pädagogisches Schulpersonal verpflichtet werden
26 sollen, in einem Abstand von 5 Jahren wiederholend Antirassismus- und
27 Antidiskriminierungsschulungen besuchen zu müssen.

- 28 2. Jede*r Schüler*in im Laufe des Schullebens mindestens 2 Projektwochen zu
29 Antirassismus und Antidiskriminierung erhalten soll.

- 30 3. Beide Maßnahmen sollen durch externe Stellen durchgeführt werden. Die
31 externen Stellen sollen mehrheitlich von Personen besetzt sein, die selbst
32 von Rassismus oder Diskriminierung betroffen sind. Beispielhaft zu nennen
33 sind hier die unabhängigen Antidiskriminierungsbüros und -beratungsstellen
34 des Antidiskriminierungsverbands Deutschland (ADVD).

Begründung

Erfolgt mündlich.

4 - A2 Rassismus raus aus dem Karneval!

Antragsteller*in: Stadtbezirk Kalk
Tagesordnungspunkt: Angenommene Anträge

Weiterleitung an: Parteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Karneval ist ein weltoffenes und multikulturelles Fest. Trotzdem gibt es im
2 Karneval noch immer Tendenzen zu Rassismus. Das gilt insbesondere für die
3 Übernahme rassistischer Stereotypen wie Blackfacing, anderer kultureller
4 Vereinnahmungen (wie Verkleidungen als amerikanische Ureinwohner*innen,
5 Asiat*innen etc.) und rassistisch diskriminierende Namen von Karnevalsvereinen
6 wie beispielsweise „Ihrefelder Z*****“. Deshalb sollen die Stadträte und
7 Kreistage der Städte und Landkreise in denen Karneval gefeiert wird, dazu
8 aufgefordert werden entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um die oben genannten
9 Punkte zu verbannen.

10 Insbesondere der Stadtrat Köln soll das Festkomitee Kölner Karneval dazu
11 auffordern, rassistisch diskriminierendes Verhalten wie oben genannt zu
12 verbannen. Dabei sollen betroffene Vereine konkret zu einer Namensänderung
13 aufgefordert und verpflichtet werden. Sensibilität für die Diskriminierung von
14 Kulturen ist Voraussetzung für einen wirklich weltoffenen Karneval, welcher frei
15 von Rassismus ist. Das Z-Wort, welches vom Zentralrat der Sinti und Roma als
16 beleidigende Bezeichnung abgewiesen wurde, aber auch Blackfacing, stehen einem
17 wirklich toleranten und weltoffenen Karneval im Weg.

18
19 Als Jusos Köln stellen wir uns damit klar gegen rassistische Vereinsnamen, die
20 Übernahme von rassistischen Stereotypen und kultureller Vereinnahmungen.

Begründung

Mit dem Z-Wort ist der abwertende und fremdbestimmte Begriff gegenüber Sinti und Roma gemeint.

5 - A19 Gottesbezug in der NRW Verfassung ändern

Antragsteller*in: Stadtbezirk Nippes
Tagesordnungspunkt: Angenommene Anträge

Weiterleitung an: Köln SPD ? NRW SPD

Antragstext

1 Wir fordern, dass sich die NRWSPD für eine Änderung der Präambel der nordrhein-
2 westfälischen Verfassung einsetzt, indem die Formulierung "In Verantwortung vor
3 Gott" durch "In Anerkennung der unantastbaren Menschenrechte, " ersetzt wird.

4 Außerdem fordern wir die NRWSPD dazu auf, sich für eine Änderung von Artikel 7
5 Absatz 1 der Landesverfassung und § 2 Absatz 2 des Schulgesetzes des Landes NRW
6 einzusetzen, indem der Satzanfang „Ehrfurcht vor Gott“ durch die Ergänzung
7 "Respekt vor religiösen und nicht-religiösen Weltanschauungen" in der Aufzählung
8 von Erziehungszielen ersetzt wird. Der in dieser Weise umformulierte Satz würde
9 lauten:

10 Achtung vor der Würde des Menschen, Bereitschaft zum sozialen Handeln und
11 Respekt vor religiösen und nicht religiösen Vorstellungen zu wecken, ist
12 vornehmstes Ziel der Erziehung.
13

14 Schließlich fordern wir, in Artikel 25 Absatz 2 der Verfassung des Landes NRW
15 die Worte „als Tag der Gottesverehrung“ durch die Worte „als Tag religiöser und
16 nicht-religiöser Wertebesinnung“ zu ersetzen.

Begründung

Der Gottesbezug in der Landesverfassung ist nicht mehr zeitgemäß, da sich viele Menschen, aus nicht-religiösen Gründen oder säkularem Staatsverständnis, von dessen Gültigkeit nicht angesprochen fühlen, obwohl die Verfassung eigentlich alle Menschen in NRW adressieren sollte. Außerdem ist der Verweis auf religiöse Entitäten, als Garant einer humanen Werteorientierung, angesichts zahlreicher Skandale und deren unzureichenden Aufarbeitung durch ihre weltlichen Vertreter*innen, nicht mehr angemessen.

Begründung zur Änderung der Präambel: Nach dem 2. Weltkrieg war in Deutschland der Wunsch groß, die Abgründe politischer Handlungsmöglichkeiten zu limitieren, auf dass sie nicht erneut in Hass und Größenwahn enden. In diesem Zusammenhang wurde juristisch auf den Gottesbegriff zurückgegriffen, welcher als eine

Demutsformel das menschliche Handeln hinterfragen und leiten sollte. Dieser Grundgedanke ist richtig und schützenswert. Doch viele Menschen fühlen sich heutzutage durch die Bindung an einen Gott nicht ausreichend vertreten. Weil sie entweder nicht gläubig sind oder den Gottesbezug grundsätzlich in einer Verfassung ablehnen, die für alle Menschen gilt. Aus heutiger Sicht, liest sich diese Formulierung mehr als direkte Adressierung an gläubige Christen, als eine grundsätzliche Demutsformel. Diese Lücke möchten wir schließen und gleichzeitig sowohl den Geist der Demutsformel als auch die Unverzichtbarkeit moralischen Handelns aufgreifen.

Dieser allgemeingültigen Demutsformel soll durch den Begriff des Weltethos entsprochen werden. Dieser Begriff hat sich aus den religiösen, kulturellen und zum Teil auch aus philosophischen Traditionen der Menschheitsgeschichte gebildet und spiegelt den Grundkonsens gemeinsamer Normen und Werte wieder. Diese sind die unantastbaren Menschenrechte. Durch diese Verbindung sollen die Menschenrechte, als Kontrast insbesondere zu den Verbrechen gegen die Menschlichkeit im dritten Reich, unumstößliche Gültigkeit in der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen beibehalten.

Begründung zur Änderung von Artikel 7 Absatz 1 der Landesverfassung und § 2 Absatz 2 des Schulgesetzes des Landes NRW: Der Argumentation der Präambel-Änderung folgend, wollen wir besonders im Bildungsbereich die obersten Ziele von Erziehung für alle Menschen gleichermaßen allgemeingültig formulieren. Deshalb ist es wichtig, dass die Vermittlung von „Ehrfurcht vor Gott“ in den Erziehungszielen der Schule ersetzt wird. Derzeit lauten sie:
„Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor der Würde des Menschen und Bereitschaft zum sozialen Handeln zu wecken, ist vornehmstes Ziel der Erziehung.“

Dieser Gottesbezug ist mehrdeutig. Die verfassungskonforme Auslegung der ursprünglichen Formulierung enthält weder einen Missionsauftrag hin zu einer christlichen Erziehung, noch ein Bekenntnis zu einem christlichen Gott. Den Umstand, dass diese Interpretation jedoch möglich ist, halten wir für problematisch. Deshalb wollen wir den Fokus auf die Achtung sowie den Respekt gegenüber religiösen bzw. nicht-religiösen Vorstellungen legen und die ursprüngliche Demutsformel erhalten. Im Zuge dessen möchten wir das Erziehungsziel von Schule, wie vorgeschlagen, ergänzen und durch eine Umstellung der Aufzählung neu ausrichten.

Begründung zur Änderung von Artikel 25 Abs. 2 der Verfassung des Landes NRW: Dieser Artikel beschreibt die Gestaltung von Sonn- und Feiertagen. Die Auslegung der vorangegangenen Interpretation zum Gottesbezug bedingt folgerichtig auch hier die Notwendigkeit einer Änderung. In diesem Rahmen halten wir es für notwendig, die Formulierung von Artikel 25 Absatz 2 zu ändern und alle Menschen gleichermaßen anzusprechen. Deswegen streben wir eine inklusive Formulierung an, die religiöse sowie nicht-religiöse Wertebewusstsein betont.

6 - A3 Digitales NRW: Loading...

Antragsteller*in: Stadtbezirk Kalk
Tagesordnungspunkt: Angenommene Anträge

Weiterleitung an: Landeskonzferenz der NRW Jusos

Antragstext

1 Durch Corona sind im vergangenen Jahr viele Missstände in der digitalen
2 Ausstattung des Bildungssektors aufgedeckt worden. Was für uns schon lange klar
3 war, scheint nun auch endlich bei vielen anderen Menschen angekommen zu sein:
4 Digitalisierung ist ein Muss!

5 Besonders schulische Bildung trägt hierbei eine Hauptlast. Folgende Punkte sind
6 für uns unabdingbar für eine funktionierende digitale Bildung:

- 7 • Bestehende Serverkapazitäten müssen enorm ausgebaut werden, in einem
8 Bundesland mit ca. 2,5 Millionen Schüler*innen müssen die
9 Serverkapazitäten entsprechend sein.

- 10 • Eine stabile Internetverbindung durch massiven Breitbandausbau muss
11 jedem*jeder Schüler*in zur Verfügung stehen, ungeachtet der finanziellen
12 Situation der Eltern.

- 13 • Schüler*innen sollen bei Bedarf ein ihrer Bildungsstufe entsprechendes
14 Endgerät (Laptops und Tablets) beantragen können. Das Land muss diese zur
15 Verfügung stellen.

- 16 • Um die sinnvolle didaktische Einbindung dieser Endgeräte in den Unterricht
17 zu gewährleisten, soll der Medienkompetenzrahmen NRW stärker bei Schulen
18 und Lehrkräften beworben werden. Die praktische Erfahrung von Lehrer*innen
19 und Schüler*innen soll berücksichtigt und einbezogen werden, um den
20 Medienkompetenzrahmen stetig weiterzuentwickeln.

- 21
- 22
- In die Erarbeitung von Open-Source Programmen und Webtools für den schulischen Unterricht muss seitens des Landes massiv investiert werden.
- 23
- 24
- 25
- An jeder Schule muss mindestens eine IT-Fachkraft eingestellt werden, um sich um die Verwaltung des Schulsystems und aufkommende Fragen und Probleme zu kümmern
- 26
- 27
- 28
- Um Lehrer*innen mehr Handlungssicherheit zu ermöglichen, müssen die Regeln und Vorschriften zum Datenschutz vereinheitlicht werden. Ein einheitliches Datenschutzkonzept im Bereich Schule muss erarbeitet werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

7 - A17 Frauenhäuser und Clearing House - Für Projekte gegen häusliche Gewalt eine wichtige finanzielle Unterstützung schaffen!

Antragsteller*in: Stadtbezirk Rodenkirchen
Tagesordnungspunkt: Angenommene Anträge

Weiterleitung an: Köln SPD

Antragstext

1 Wir möchten den Ausbau von Frauenhäusern in Köln weiter voran bringen. Daneben
2 möchten wir auch Schutzräume für kurzfristige Interventionen fördern. Hierfür
3 soll das Projekt "Clearing House" gefördert werden, welches Frauen in Not eine
4 kurzfristige, sichere Unterkunft sowie weitergehende Hilfe bietet.

5 Um Ehrenamtlichen die Einrichtung und weitere Finanzierung von Clearing Houses
6 zu erleichtern, fordern wir eine Vereinfachung der Finanzierungsanträge. Diese
7 sollen in Zukunft vereinfacht und zentral gestellt werden können. Außerdem soll
8 die Finanzierung langfristig garantiert werden, sodass nicht jedes Jahr neue
9 Anträge gestellt werden müssen.

Begründung

Es gibt derzeit zu wenig Frauenhäuser, so dass der bestehende Bedarf an dauerhaften Unterkünften bereits jetzt nicht gedeckt werden kann und viele Frauen abgewiesen werden müssen. Clearing Houses bieten eine Möglichkeit, diese Anfrageengpässe zu entlasten und schutzsuchenden Frauen die Möglichkeit zu bieten, für maximal zwei Wochen einen sicheren, eigenen Lebensraum zu geben und sie innerhalb dieser Zeit zu unterstützen, eine dauerhafte Unterkunft zu finden und weitere Beratungsangebote zu erhalten.

Das Projekt soll eine Ergänzung zu den überlasteten Frauenhäuser darstellen. Clearing Houses sind eine gute Ergänzung zu den bereits bestehenden Frauenhäusern und anderen Schutzräumen für Frauen; sie bieten Frauen die Möglichkeit, nach traumatischen Erlebnissen schnell Unterstützung und einen eigenen Raum zu erhalten, um erneut Fuß zu fassen.

Durch die Vereinfachung der Anträge erhoffen wir uns, dass die Hürde für die erfolgreiche Finanzierung von Clearing Houses sinkt und so das Beratungsangebot um dieses Projekt nachhaltig ergänzt wird.

7 - A17 Frauenhäuser und Clearing House - Für Projekte gegen häusliche Gewalt eine wichtige finanzielle Unterstützung schaffen!

Durch die zentrale Antragstellung soll eine transparente Fördermittelbeantragung ermöglicht werden. Somit soll für alle Beteiligten, insbesondere der Ehrenamtlichen, der Prozess der Finanzierung der Clearing Houses vereinfacht werden. Damit soll den Beteiligten die Möglichkeit gegeben werden, die Zeit für die Unterstützung der Frauen zu nutzen.

8 - A4 Bundeswehr: Nie aus Geldnot und nur mit Moral!

Antragsteller*in: Stadtbezirk Kalk
Tagesordnungspunkt: Angenommene Anträge

Weiterleitung an: Landeskonferenz der NRW Jusos

Antragstext

1 Mit eigenen YouTube-Serien wie "Die Rekruten", „Mali“ oder „Besatzung Bravo“ und
2 dem gefühligen Slogan "Wir.dienen.Deutschland." wirbt die Bundeswehr um
3 Interessierte - insbesondere um junge Menschen ab 17 Jahren. Mit der Realität im
4 Krieg und bewaffneten Konflikten hat beides wenig zu tun - Gefährdungen wie
5 posttraumatischer Belastungsstörungen(PTBS) oder Tod und Verwundungen dabei
6 zu kurz und werden in Berufsinformationen gar nicht erwähnt. Dabei kann die
7 Entscheidung für eine Berufstätigkeit bei der Bundeswehr weitreichende Folgen
8 für das eigene Leben und die eigene Gesundheit nach sich ziehen.

9 Mit der langjährigen Verpflichtung stellen sich auch die Weichen hier bereits
10 sehr früh. Aufgrund der verknüpften ethischen Fragen sollten Angehörige der
11 Bundeswehr ihr eigenes Verhältnis zur Bundeswehr gerade in jungen Jahren
12 jederzeit neu bewerten dürfen. Dies jedoch ist durch hohe
13 Rückzahlungsforderungen im Falle einer vorzeitigen Auflösung der Verpflichtung
14 nicht gegeben.

15 Aus diesen Umständen leiten wir folgende Forderungen für die Bundeswehr und die
16 dortige Ausbildung ab:

Ethisch-moralische Fragen thematisieren - wieder und immer wieder!

17
18 Durch den Auftrag der Bundeswehr nach Art. 87a GG und die daraus resultierende
19 Vorbereitung auf und die aktive Teilnahme an bewaffneten Konflikten werden bei
20 der Bundeswehr angestellte Menschen zwangsläufig an diesen Konflikten auf
21 unterschiedlichste Weise beteiligt. Die Beteiligten müssen sich der Reich- und
22 Tragweite solcher Konflikte bewusst sein, denn diese nehmen einen immanenten
23 Teil der Aktivitäten der Bundeswehr ein und bedürfen einer kontinuierlichen
24 Legitimation und kritischen Auseinandersetzung. Moralische und ethische
25 Angelegenheiten im Sinne des Völkerrechts der Menschenrechte, des deutschen und

26 europäischen Demokratieverständnisses und der Vereinten Nationen müssen bei
27 einer Auseinandersetzung zentraler Bestandteil sein und bleiben. Die
28 Grundkenntnisse dieser Themen, die während der Schulzeit vermittelt werden,
29 reichen dafür nicht aus und erweiterte Kenntnisse können nicht vorausgesetzt
30 werden. Die derzeitigen Schulungs- und Bildungsangebote der Bundeswehr zu diesen
31 Themen werden dem Spektrum und Umfang nicht gerecht. Die bisherigen Maßnahmen,
32 wie die befristeten Lehrveranstaltungen zu diesem Thema während der
33 Ausbildungsphasen und ein obligatorisches Bekenntnis zum deutschen Grundgesetz,
34 genügen ebenso wenig. Daher bedarf es zusätzlicher Schulungs- und
35 Bildungsmaßnahmen während der Arbeits- und Berufsverhältnisse. Es sollen
36 vertieft Inhalte der Ethik und Moral behandelt werden, um so den Beteiligten
37 eine erweiterte Perspektive ermöglichen zu können. Diese Bildungsangebote sollen
38 regelmäßig und verpflichtend für alle bei der Bundeswehr beschäftigten Menschen
39 stattfinden.

40 Wir fordern daher, das Angebot an Schulgängen, Seminaren, Unterrichtseinheiten
41 und weiteren Lehrgängen mit dem Schwerpunkt Ethik und Moral auszubauen bzw. eine
42 stärkere Auseinandersetzung mit diesem Thema. Um die damit verknüpften
43 Fragestellungen dauerhaft im Bewusstsein zu halten, fordern wir eine
44 verpflichtende regelmäßige Teilnahme an entsprechenden Lehrgängen während der
45 gesamten Berufslaufbahn innerhalb der Bundeswehr. Dies betrifft neben
46 Soldat*innen auch Menschen in zivilen Berufslaufbahnen, Ausbildungen und
47 Studiengängen der Bundeswehr.

48 **Probezeit verlängern!**

49 Der Dienst in der Bundeswehr geht meiste mit einer Verpflichtungszeit von 12 oder
50 13 Jahren einher. Dabei besteht derzeit eine sechs monatige Probezeit, in der
51 die Soldat*innen ihren Dienstvertrag widerrufen und ohne Rückzahlungspflicht aus
52 dem Arbeitsverhältnis aussteigen können. Wir wollen die Möglichkeit des
53 problemlosen Ausstiegs für junge Angehörige der Bundeswehr zeitlich ausweiten.
54 Deshalb fordern wir, die bestehende Probezeit mit einem einseitigen
55 Kündigungsrecht für den*die Soldat*in bis zur Vollendung des 22. Lebensjahres zu
56 verlängern. Somit steht es jungen Erwachsenen in einer entscheidenden
57 Lebensphase länger frei, ihren beruflichen Weg neu zu wählen.

58 **Keine Rückzahlung von Ausbildungskosten!**

59 Bildung sollte grundsätzlich kostenfrei sein. Das gilt insbesondere für
60 staatliche Bildungseinrichtungen, und somit auch für Bildungseinrichtungen der
61 Bundeswehr. Derzeit ist das aber nicht gegeben, denn Soldat*innen, die eine
62 Fachausbildung beim Bund absolviert haben, gehen damit eine Wehrverpflichtung
63 von in der Regel 13 Jahren ein. Wenn sie dieser zu einem späteren Zeitpunkt
64 nicht nachkommen möchten, müssen sie die Ausbildungskosten anteilig
65 zurückzahlen. Wir fordern hier ein Umdenken: Die Berufsausbildung bei der

66 Bundeswehr muss von einer Wehrverpflichtung nach Ausbildungsabschluss entkoppelt
67 werden. Der Zugang zu Bildung darf auch bei der Bundeswehr nicht an andere
68 Bedingungen geknüpft werden als bei zivilen staatlichen Bildungseinrichtungen.
69 Stattdessen muss die Entscheidung, ob sie nach ihrer Ausbildung weiterhin beim
70 Militär arbeiten möchten oder nicht, den Einzelpersonen zurückgegeben werden,
71 genau, wie es auch auf dem regulären Arbeitsmarkt der Fall ist. Gerade die
72 Entscheidung für eine militärische Laufbahn sollte jederzeit frei und ohne
73 finanzielle Zwänge aufgekündigt werden können. Daher: Ausbildung nicht länger an
74 Wehrverpflichtung knüpfen- Übernahmeverpflichtung bei abgeschlossener Ausbildung
75 einführen!

76 **Realistische Darstellung des Berufs**

77 Wir fordern, die Berufsinformationen um Darstellung der Gefahren (Tod,
78 Verwundung, Krankheiten, Unfälle) und den entsprechenden Daten zu erweitern. Im
79 Einzelnen sind das:

- 80 • Die Zahl im Einsatz gefallener Soldat*innen

- 81 • Die Zahl verwundeter Soldat*innen

- 82 • Die Zahl der Soldat*innen mit psychischen Erkrankungen (zusätzlich separat
83 PTBS)

- 84 • Die Zahl der in Übungen oder Ausbildungen gestorbener Soldat*innen

- 85 • Die Zahl der in Übungen oder Ausbildungen verletzten Soldat*innen

Begründung

Erfolgt mündlich.

9 - A10 Bessere und barrierefreie Fußgänger*innenwege

Antragsteller*in: Stadtbezirk Rodenkirchen

Tagesordnungspunkt: Angenommene Anträge

Weiterleitung an: Parteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Fußgänger*innenwege werden in Köln oftmals stiefmütterlich behandelt und sind in
2 einem schlechten Zustand. Die Stadt Köln muss sich Fußgänger*innenwegen
3 verstärkt widmen und dafür sorgen, dass diese überall mindestens zwei Meter
4 breit und barrierefrei sind.

5 Dazu fordern wir:

- 6 • Sanierung bestehender Fußgänger*innenwege und regelmäßige Pflege

- 7 • Dort wo sonst zu wenig Platz ist, das Parken von Autos auf dem Bordstein
8 verbieten

- 9 • Wird der Gehweg durch eine Baustelle eingeschränkt, ist diese möglichst
10 barrierefrei zu gestalten

- 11 • Jede Ampelanlage mit einem Blindenleitsystem auszustatten

- 12 • Bordsteine an Überwegen konsequent abflachen

13 Dafür muss die Stadt Köln ein Maßnahmenkonzept aufstellen, in dem sie darlegt,
14 wann sie welche Stelle verbessern möchte. Eine Verbreiterung der
15 Fußgänger*innenwege darf jedoch nicht auf Kosten der Radfahrwege erfolgen.

Begründung

- Entsprechend der Anforderungen der DIN 18040-3 Norm sollte die Breite eines Gehwegs min. 1,80m sowie 20 cm Sicherheitsabstand zur Hauswand betragen, ggfs. ist zusätzlich dazu noch ein Sicherheitsabstand zur Fahrbahn nötig (<https://nullbarriere.de/din18040-3-flaechen.htm>)
- Viele Fußgänger*innenwege sind in Köln in einem sehr schlechten Zustand. Wegschäden sind nicht nur lästig, sondern können insbesondere für Menschen mit Behinderung gefährlich werden (<https://www.rundschau-online.de/region/koeln/wegeschaeden-koelner-koennen-der-stadt-gefahrenstellen-auf-rad--und-fusswegen-melden-29957106>)
- Ampeln in Köln sind nur zum Teil mit einem akustischen Freigabesignal ausgestattet (<https://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/verkehr/ampeln/signale-fuer-blinde-und-sehbehinderte-ampeln>)

10 - A11 Tiny-Häuser-Siedlung

Antragsteller*in: Stadtbezirk Rodenkirchen
Tagesordnungspunkt: Abgelehnte Anträge

Weiterleitung an: Parteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Die Stadt Köln soll prüfen, ob Flächen im gesamten Stadtgebiet zur Nutzung für
2 Tiny-Häuser-Siedlungen ausgewiesen werden können, um eine entsprechende Nutzung
3 zu ermöglichen. Die Siedlungen sollen geprägt sein durch ökologische,
4 ökonomische und gesellschaftliche Nachhaltigkeit sowie von einer gewissen
5 Flexibilität für die Anwohner*innen als auch für die Stadt Köln, da eine
6 entsprechende Siedlung als mittelfristige Alternative zu langfristigen Bauten
7 dienen kann.

8 Genehmigungen für Tiny-Häuser müssen durch die Stadt Köln erleichtert werden.
9 Ggf. muss die Baugrundordnung angepasst werden.

Begründung

- Einfache und schnelle Möglichkeit Wohnraum zu schaffen (i.d.R. muss nur ein Zugangsweg geschaffen werden), insbesondere für unattraktives Bauland
 - Tiny-Haus-Siedlungen soll ganz klar als zusätzliche und nicht als konkurrierende Bebauungsmaßnahme zum klassischen Wohnraum ausgewiesen werden

- Sie stellen eine günstige Alternative zu teuren Wohnungen im Stadtkern dar

- Zudem schaffen solche Siedlungen einen großen ökologischen Mehrwert durch verringerte Flächenversiegelung und einer niedrigeren Flächennutzung pro Person und damit einhergehende

Vorteile

- Dienen als Mittel gegen die Verdichtung von Innenstädten
- Bauland für Tiny-Haus-Siedlungen ist nicht auf eine dauerhafte Nutzung beschränkt, daher kann das Konzept als Pilotprojekt mit einer gewissen Flexibilität verknüpft werden und als mittelfristige Alternative bzw. Lösung zur Nutzung von Bauland dienen

Mehr zum Aufbau, den Vor- und Nachteilen von Tiny-Häusern hier: <https://wohnglueck.de/artikel/tiny-house-kaufen-594>

11 - A18 Mobilitätswende nur mit ausgebautem Radverkehr!

Antragsteller*in: Stadtbezirk Rodenkirchen

Tagesordnungspunkt: Angenommene Anträge

Weiterleitung an: Parteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Die KVB soll mehr Ausleihstationen für KVB- Fahrräder in den unterversorgten
2 Gebieten außerhalb der Flexzone schaffen. Zudem soll die Stadt Köln den Verleih
3 von Lastenrädern ausbauen und diese auch außerhalb von
4 Bürgerzentren anbieten, insbesondere dort, wo keine Bürgerzentren vorhanden
5 sind. Die Flex-Zone soll ausgeweitet werden. Außerhalb der Flex-Zone muss
6 gewährleistet werden, dass in jedem Stadtteil pro 2000 Einwohner*innen eine
7 Leihradstation existiert, mindestens jedoch 4 pro Stadtteil, damit alle
8 Bürger*innen die Räder in kurzer Entfernung erreichen und das Angebot somit
9 möglichst attraktiv ist. Dabei muss an jeder Bahnstation (S-Bahn und Stadtbahn)
10 eine Leihradstation aufgestellt werden. Des Weiteren fordern wir, Fahrradwege
11 auszubauen und klare Markierungen bzw. Abgrenzungen zum Auto- sowie Fußverkehr
12 zu schaffen! Zusätzlich fordern wir separate Fahrrad-Haltebereiche an allen
13 größeren Ampeln und allen Bahnschranken. Außerdem sollen mehr grüne Pfeile für
14 Radfahrer*innen eingerichtet werden.

Begründung

- Die Nutzung des Fahrrads stieg im letzten Jahr laut aktuellen Hochrechnungen alleine in Köln um 10,9 Prozent. Damit besteht ein größerer Bedarf an Stellplätzen für Fahrräder in der Stadt. Durch das erhöhte Fahrradaufkommen besteht auch mehr Bedarf für sichere Radwege.
- Durch klare Markierungen und Abgrenzungen, sowie hierdurch erzielte bessere Verkehrsführungen für Radfahrer, kann allgemein die Sicherheit für Radfahrer erhöht werden.
- Durch separate Fahrrad-Haltebereiche, größere Ampeln sowie grüne Pfeile explizit für Radfahrer kann

durch die weitere Trennung zu Autos die Sicherheit der Radfahrer erhöht werden.

- Ferner müssen mehr Ausleihstationen zur Verfügung gestellt werden um so vielen Menschen und so einfach wie möglich die Nutzung eines Fahrrad zu ermöglichen Um allen - gleich welchen ökonomischen Hintergrunds - hierzu die Möglichkeit zu geben, sind kostenlose bzw. kostengünstige Angebote besonders wichtig!
- Es müssen mehr Ausleihstationen gebaut werden, damit für alle diese auch erreichbar sind. Dabei stellen Lastenräder eine ökologische und konkurrenzfähige Alternative zu Autos dar. Lastenräder sowie Fahrräder sind hier eine echte Möglichkeit, die Mobilitätswende weiter voranzutreiben.
- Um eine echte Konkurrenz zum Autoverkehr zu schaffen, ist es unabdingbar, ungenutzte Flächen für Fahrradabstellmöglichkeiten umzuwandeln. Falls anders nicht möglich, müssen Parkplätze für Fahrrad Nadeln oder -stellplätzen ausweichen, um die Mobilitätswende auf zwei Reifen einzuläuten.

12 - A9 Einfuhrverbot für Jagdtrophäen

Antragsteller*in: Stadtbezirk Kalk
Tagesordnungspunkt: Angenommene Anträge

Weiterleitung an: Landeskonferenz der NRW Jusos, Parteitag der
KölnSPD

Antragstext

1 Derzeit dürfen Trophäen von organisierten Großwildjagden, selbst von gefährdeten
2 Tierarten in Deutschland legal eingeführt werden. Deutschland ist, Stand 2019,
3 die drittgrößte Jagdtrophäen-Nation. Aufgrund dessen fordern wir ein sofortiges
4 Einfuhrverbot für Jagdtrophäen aus der Großwildjagd.

Begründung

Die organisierte Großwildjagd, z.B. in Afrika, stellt im Vergleich zur heimischen Jagd keinerlei ökologischen Mehrwert dar, sondern geschieht lediglich für das Vergnügen Einzelner. Dieser Spaß erfolgt auf Kosten von Lebewesen, welche zum Teil auch unter Artenschutz stehen. Anbieter*innen und Jagdverbände verweisen hierbei auf die ökonomischen Vorteile für die lokale Bevölkerung, denn diese profitiere angeblich durch Reinvestitionen und Spenden von der Großwildjagd. Doch die Realität sieht deutlich anders aus, denn die Nachhaltigkeit dieser Zahlungen darf zumindest in Zweifel gezogen werden, da es sich meistens um einmalige Zahlungen und keine dauerhaften Förderungen handelt.

Ein weiteres oft genanntes Argument ist, dass die Einnahmen aus der Großwildjagd in den betroffenen Ländern und Regionen für den Kampf gegen Wilderer*innen eingesetzt werden (können). Die Realität zeigt aber, dass dieses Geld nicht bei den entsprechenden Akteur*innen ankommt und es erhebliche Probleme bei der Verteilung der Gelder gibt. Es gibt also weder einen ökonomischen noch einen sozialen und erst recht keinen ökologischen Mehrwert, der durch die organisierte Großwildjagd entsteht. Aufgrund dessen kann die logische Konsequenz nur das Einfuhrverbot von Jagdtrophäen sein.

13 - A5 Links sein heißt kein Vaterland zu haben: Nein zu Herkunfts-DNA-Tests!

Antragsteller*in: Stadtbezirk Kalk
Tagesordnungspunkt: Angenommene Anträge

Weiterleitung an: Landeskonferenz der NRW Jusos, Parteitag der KölnSPD

Antragstext

1 DNA-Tests zur genetischen Erforschung der eigenen Herkunft erfreuen sich
2 weltweit wachsender Beliebtheit. Doch das ist ein Problem. Denn wo Daten, zumal
3 genetische, einmal erhoben, verarbeitet und auswertbar gemacht werden, da nutzt
4 man sie auch. Zwar bleiben die Ergebnisse bislang in den Händen der Personen und
5 Unternehmen, die sie erheben - doch auch Staaten beginnen zunehmend, die
6 "biogeographische Herkunft" von Personen zu ermitteln und, bislang
7 ausschließlich, in der Strafverfolgung einzusetzen.

8 Wissenschaftler*innen zweifeln an der Seriosität der genutzten Methoden zur
9 Ermittlung der "biogeographischen Herkunft": Unternehmen laden die genetischen
10 Informationen in ihre (wachsenden) Datenbanken und prüfen sie auf
11 Übereinstimmungen mit anderen DNA-Daten aus unterschiedlichen Regionen der Welt.
12 Je nach Datenbank weichen das Ergebnis und die damit ermittelte "Herkunft" also
13 voneinander ab. Der Genetiker Mark Stoneking führt dazu aus: "Diese Daten sind
14 nicht realistisch, sondern modellbasiert. [...] Die Prozentangaben sind nur eine
15 ungefähre Einschätzung und sollten nicht zu ernst genommen werden. [...] Was man
16 kann, ist großflächige geografische Räume festzulegen, aber so viel Prozent
17 britisch, deutsch oder irisch, das sind Märchen. Das ist nicht korrekt."(1)
18 Zumal Menschen die Grenzen zwischen Staaten gezogen haben - mit der DNA hat das
19 nichts zu tun.

20 Für den Privatgebrauch sind DNA-Tests zur "Entdeckung" der eigenen
21 "Ahnengeschichte" bereits seit längerem erhältlich. Dabei entstehen riesige DNA-
22 Datenbanken, die Unternehmen neben den eigentlichen Ahn*innenforschungsanliegen
23 der Käufer*innen unter anderem "für interne Geschäftszwecke, zur Verbesserung
24 und Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen, [und] zur Durchführung
25 interner Datenanalysen" verwenden können (AGB MyHeritage; 08.02.2021). Das
26 Verlangen danach, mehr über die eigene Herkunft zu erfahren, wird somit für

27 kommerzielle Zwecke mit nicht absehbaren Konsequenzen genutzt - die Käufer*innen
28 zahlen dafür nicht nur mit viel Geld, sondern auch mit ihrer DNA - und somit
29 gleichzeitig auch mit der DNA ihrer Angehörigen, was deren Rechte verletzt und
30 etwa Krankenkassen und ähnlichen Playern neue Möglichkeiten der
31 "Risikoermittlung" erschließt. Die Weitergabe von Daten an Versicherungen und
32 weitere Institutionen ist den AGB mehrerer Anbieter*innen zufolge derzeit nur
33 mit Zustimmung der Käufer*innen möglich, was jedoch nicht für die Ewigkeit
34 festgeschrieben sein muss. Das Risiko einer (zwangsweisen) Anzapfung derartiger
35 Datenquellen durch entsprechende staatliche Erlasse ist ebenso real wie die
36 Bedrohung durch Hacker*innenangriffe.

37 Im Kontext der Auswertung von DNA-Daten im Zuge strafprozessualer Ermittlungen
38 ergeben sich zusätzliche Probleme: Erstens sind viele DNA-Spuren an Tatorten
39 verunreinigt oder mit anderen DNA-Spuren vermischt und somit nicht eindeutig
40 auswertbar. Zweitens sind die Proben geographisch nur so unspezifisch
41 auswertbar, dass lediglich große Abweichungen in der DNA sauber identifiziert
42 werden können. Somit sind nur Spuren, die zu Täter*innen mit von der
43 Mehrheitsbevölkerung "abweichender" DNA führen, in der polizeilichen Fahndung
44 mit Mehrwert verwertbar. Aus diesem Grund ist auch die Nutzung genetischen
45 Materials zur Fahndung nach Täter*innen anhand phänotypischer (also äußerlich
46 erkennbarer) Merkmale wie Augen-, Haar- und Hautfarbe kritisch zu sehen, da sie
47 Racial Profiling in ähnlicher Weise befeuert. Auch diese Merkmale sind bei der
48 Fahndung nur hilfreich, wenn sie den Personenkreis, nach dem gefahndet wird,
49 merklich einengt. Aufgrund des fehlenden Mehrwerts der Auswertung von DNA-Proben
50 weißer Menschen zu Fahndungszwecken wird so in der Berichterstattung wie im
51 Ermittlungsgeschehen selbst ein Fokus auf BIPOC gelegt. Die Validität der DNA-
52 Auswertung zu Fahndungszwecken ist somit sehr begrenzt, bietet allerdings
53 dennoch eine Grundlage für Racial Profiling, da die Polizei aufgrund der
54 biogeographischen DNA-Analyse einen begründeten Verdacht von Tatverdächtigen
55 etwa aus dem afrikanischen Raum aussprechen kann, der Fahndungserfolg bei diesen
56 Personen somit wachsen dürfte und sich somit (straffällige) BIPOC häufiger in
57 den Kriminalstatistiken wiederfinden werden.

58 Mit diesen „wissenschaftlichen“ Methoden im Rücken lassen Rechte schon jetzt
59 Gesetze verabschieden. Wie real die Gefahr einer staatlichen Nutzung von DNA-
60 Auswertungen zur Abstammung von Personen bereits heute ist, zeigt etwa der
61 Freistaat Bayern. Dieser umgeht im BayPAG (Bayerisches Polizeiaufgabengesetz)
62 die ansonsten hohen Nutzungsanforderungen an die DNA-Analyse-Datei des
63 Bundeskriminalamtes, indem er "zum Zwecke der Feststellung des DNA-
64 Identifizierungsmusters, [die Erfassung] des Geschlechts, der Augen-, Haar- und
65 Hautfarbe, des biologischen Alters und der biogeographischen Herkunft des
66 Spurenverursachers" ermöglicht. (2,3,4,5) Diese Zwecke gehen weit über die reine
67 1:1-Überprüfung der Passung zweier Proben miteinander hinaus. Zwar scheiterte
68 Bayerns Versuch, dies 2019 auch in der Strafprozessordnung des Bundes zu
69 implementieren und somit bundesweit DNA-basiertes Racial Profiling zu
70 ermöglichen. Eine im Koalitionsvertrag vereinbarte "Ausweitung" der DNA-Analyse

71 haben CDU und SPD in diesem Zuge allerdings bereits beschlossen.

72 Nach Recherchen von belltower.news gab es in Deutschland bis vor wenigen Jahren
73 bislang eine Untersuchung der "biogeographischen Herkunft": bei der Ermordung
74 durch den NSU der Polizistin Michelle Kiesewetter. Die DNA deutete angeblich auf
75 "eine Frau osteuropäischer Herkunft" als Täterin hin, was Sintize und Romnja
76 einem Generalverdacht aussetzte (mindestens 800 Personen mussten eine
77 Speichelprobe abgeben). Die DNA stammte von einer Mitarbeiterin der Firma, die
78 die Wattestäbchen für die forensische Abteilung der Polizei herstellte. Die NSU-
79 Mörder*innen blieben unentdeckt, der Zentralrat der Sinti und Roma beklagte noch
80 2018, Minderheiten würden "dadurch pauschal kriminalisiert und massiv
81 verdächtigt." (6)

82 Schlussendlich gilt: Humanität entsteht nicht durch Herkunft. Wer aufgrund
83 seiner vermeintlich anteilig nicht-deutschen Herkunft glaubt, gegen Rassismus
84 immun zu sein, weiß ebenso wenig über Humanität und Anstand wie der Blut-und-
85 Boden-Nazi. Der Wert eines Menschen bemisst sich nicht nach seiner Herkunft -
86 weder im Stammbaum, noch in der DNA.

87 Die Jusos fordern daher alle Parteiinstanzen dazu auf, sich für die Einhaltung
88 des geltenden Datenschutzrechts durch die Anbieter privater DNA-Tests
89 einzusetzen. Das gilt insbesondere für den Grundsatz der Datenminimierung, der
90 eine Anonymisierung der erhobenen Daten nach Abschluss des Auftrags der
91 Käufer*innen vorschreibt, und für das Verbot, ohne Einwilligung der Käufer*innen
92 Daten an Krankenkassen oder sonstige Dritte weiterzugeben. Es muss verhindert
93 werden, dass umfangreiche Datenbanken mit den DNA-Informationen bestimmbarer
94 Personen entstehen. Außerdem muss sichergestellt werden, dass die Käufer*innen
95 über die bestehenden Zweifel an der Aussagekraft der Analyseverfahren informiert
96 werden. Die Rückführung auf bestimmte Nationalitäten ist nicht seriös und im
97 Sinne des Verbraucher*innenschutzes zu untersagen.

98 Für den strafprozessualen Rahmen fordern die Jusos weiterhin, auch hier auf
99 Tests zur methodisch umstrittenen Ermittlung der "biogeographischen Herkunft" zu
100 Fahndungszwecken zu verzichten und auch die genetische Ermittlung von Haut-,
101 Augen- und Haarfarbe zu Fahndungszwecken zu untersagen.. Ein direkter Abgleich
102 zweier DNA-Proben miteinander, wie er bereits seit vielen Jahren zur
103 Identifizierung von Täter*innen im Zuge von Ermittlungsverfahren vorgenommen
104 wird, soll weiterhin möglich sein. Ein entsprechendes Verbot der Ermittlung der
105 „biogeographischen Herkunft“ muss schließlich im Gefahrenabwehrrecht der Länder
106 verankert werden. Vor allem bei der Prävention von Straftaten besteht sonst die
107 Gefahr rassistischer Diskriminierungen. Regelungen wie Art. 32 Abs. 1 S. 2
108 BayPAG sind daher zu unterlassen bzw. aufzuheben.

109 Quellennachweise:

- 110 (1) <https://taz.de/Genetiker-ueber-Herkunftsnachweise/!5550032/>
- 111 (2) [https://netzpolitik.org/2018/bayern-als-vorbild-polizei-soll-bald-](https://netzpolitik.org/2018/bayern-als-vorbild-polizei-soll-bald-nach-genetischer-herkunft-fahnden-duerfen/)
- 112 [nach-genetischer-herkunft-fahnden-duerfen/](https://netzpolitik.org/2018/bayern-als-vorbild-polizei-soll-bald-nach-genetischer-herkunft-fahnden-duerfen/)
- 113 (3) [https://netzpolitik.org/2019/dna-ist-kein-augenzeuge-der-eine-aussage-](https://netzpolitik.org/2019/dna-ist-kein-augenzeuge-der-eine-aussage-machen-moechte/)
- 114 [machen-moechte/](https://netzpolitik.org/2019/dna-ist-kein-augenzeuge-der-eine-aussage-machen-moechte/)
- 115 (4) [https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/vertiefte-dna-analyse-verbot-](https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/vertiefte-dna-analyse-verbot-bayern-polizei-rechtsgrundlage-landesrecht-umgehung/)
- 116 [bayern-polizei-rechtsgrundlage-landesrecht-umgehung/](https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/vertiefte-dna-analyse-verbot-bayern-polizei-rechtsgrundlage-landesrecht-umgehung/)
- 117 (5) [https://www.dr-datenschutz.de/bayerische-polizei-nutzt-](https://www.dr-datenschutz.de/bayerische-polizei-nutzt-dna-analyse-schlupfloch-datenschutz-ja-mei/)
- 118 [dna-analyse-schlupfloch-datenschutz-ja-mei/](https://www.dr-datenschutz.de/bayerische-polizei-nutzt-dna-analyse-schlupfloch-datenschutz-ja-mei/)
- 119 (6) [https://zentralrat.sintiundroma.de/racial-profiling-und-erweiterte-dna-](https://zentralrat.sintiundroma.de/racial-profiling-und-erweiterte-dna-analysen-in-kriminalpolizeilichen-ermittlungen/)
- 120 [analysen-in-kriminalpolizeilichen-ermittlungen/](https://zentralrat.sintiundroma.de/racial-profiling-und-erweiterte-dna-analysen-in-kriminalpolizeilichen-ermittlungen/)

Begründung

„Ubier, Römer un Franzose,

Jottweißwer leet irj'ndjet he.

Mer sinn Bastarde un stolz drop,

Dat mer uss uns nit schlau weed.“.

(BAP: "Für 'ne Moment")

14 - A8 Kölner Radverkehrs-Infrastruktur-Museum abschaffen!

Antragsteller*in: Stadtbezirk Kalk
Tagesordnungspunkt: Angenommene Anträge

Weiterleitung an: Parteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Die Fahrradinfrastruktur Kölns ist veraltet und Verbesserungen werden aktuell
2 höchstens punktuell durchgeführt. Bei Baumaßnahmen wird die Fahrradinfrastruktur
3 derzeit oft vergessen, sodass Fahrradfahrer*innen auf unvermittelt endende
4 Radwege oder Hindernisse treffen. Teilweise führt dies zu obskuren Ergebnissen
5 die Radfahrer*innen auf einen Hindernisparcours schicken und vom ADFC im
6 sogenannten Kölner Radverkehrs-Infrastruktur-Museum (KRIM) festgehalten wurden.
7 Um diesen Zustand zu beenden, die Infrastruktur auf den neuesten Stand zu
8 bringen und ein echtes Fahrradwegenetz für Köln zu erreichen fordern wir
9 folgende Punkte:

10 1. Priorität Fahrrad:

11 Bei Neuplanungen von straßenbaulichen Maßnahmen, sowie bei größeren Bauprojekten
12 mit Einfluss auf den umliegenden Verkehr müssen insbesondere der Rad- und
13 Fußgänger*innenverkehr priorisiert bedacht werden. Bei jedem Projekt sind
14 möglichst optimale Lösungen für einen sicheren und fließenden Radverkehr
15 anzustreben. Das gilt nicht für den Zeitraum nach der Fertigstellung, sondern
16 auch für die Bauphase an sich.

17 2. Kräfte bündeln:

18 Die Auswirkungen von Bauprojekten insbesondere auf den Radverkehr sollen im
19 Vorfeld geprüft und Verbänden wie bspw. dem adfc vorgelegt werden. So wird eine
20 neue Form der Beteiligung insbesondere von Interessenverbänden und Bürger*innen
21 bei der Planung von Verkehrswegen erreicht. Durch frühzeitige Transparenz und
22 Beteiligungsmöglichkeiten seitens der Verwaltung wird die Expertise von
23 Verbänden und Verwaltung gebündelt. Der*die Fahrradbeauftragte dient als

24 Bindeglied zwischen Verwaltung und Verbänden und geht aktiv auf
25 Interessenverbände zu.

26 3. Echtes Radwegenetz:

27 Beim Ausbau der Fahrradinfrastruktur muss ein echtes Fahrradwegenetz entstehen
28 im Sinne eines Gesamtkonzeptes für Köln. Bestehende Konzepte wie Köln mobil
29 2025, das Konzept Radschnellwege für die Region Rheinland, sowie die
30 stadtteilbezogenen Radverkehrskonzepte müssen umgesetzt werden. Besonders die
31 rechtsrheinischen Stadtbezirke müssen eigene Radverkehrskonzepte bekommen.

32 Siehe Kölner Radverkehrs-Infrastruktur-Museum: [https://kreisverbaende.adfc-](https://kreisverbaende.adfc-nrw.de/kv-koeln/radverkehr/radverkehrsinfrastrukturmuseum.html)
33 [nrw.de/kv-koeln/radverkehr/radverkehrsinfrastrukturmuseum.html](https://kreisverbaende.adfc-nrw.de/kv-koeln/radverkehr/radverkehrsinfrastrukturmuseum.html)

Begründung

Erfolgt mündlich.

15 - A14 Die KVB hebt ab - Seilbahnen zur Entlastung des ÖPNV

Antragsteller*in: Stadtbezirk Lindenthal
Tagesordnungspunkt: Abgelehnte Anträge

Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Stadtrat

Antragstext

1 Die Ratsfraktion der KölnSPD wird aufgefordert den Bau von Mehrkabinen-
2 Seilbahnen als Ergänzung bestehender Strecken des ÖPNV voranzutreiben. Dabei
3 sollen zunächst in Form eines Pilotprojekts ein bis zwei Linien, die den ÖPNV in
4 besonderer Weise entlasten, errichtet werden, um den Erfolg des Projekts
5 einzuschätzen. Zusätzlich fordern wir die Schaffung von Verkehrsknotenpunkten
6 zwischen Seilbahnen, künftigen Wassertaxen, Straßenbahnen und Bussen. Der
7 Betrieb der Seilbahnen soll durch die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB)
8 erfolgen. Das Einbinden der Anwohner*innen in den Prozess soll sichergestellt
9 werden.

Begründung

Seit 1957 erfreut sich die Kölner Seilbahn, die zum Anlass der Bundesgartenschau errichtet wurde, sowohl bei Kölner*innen, als auch bei Tourist*innen großer Beliebtheit. Die historische Verbindung zwischen Köln-Niehl und dem Rheinpark ist aufgrund der schlechten Anbindung an die bestehende ÖPNV-Infrastruktur, besonders auf der rechtsrheinischen Seite, jedoch nur als Attraktion nutzbar. Städte wie Bogota oder La Paz zeigen aber, dass Seilbahnen nicht nur als Tourist*innenattraktion genutzt, sondern durchaus als Verkehrsmittel in den ÖPNV eingegliedert werden können. So entlasten in La Paz, dem derzeit größten Seilbahnnetz der Welt, zehn Linien das Verkehrsnetz [1]. Auch für Deutschland ist die Seilbahn eine Option für den Nahverkehr der Zukunft: In Koblenz verkehrt bereits eine Seilbahn mit zwei Stationen [2] und in München wird eine Machbarkeitsstudie erstellt [3].

Die Errichtung von Seilbahnen hat den entscheidenden Vorteil, dass der bisher ungenutzte Raum Luft zum Transport von Bürger*innen genutzt werden kann. Für eine höhere Nutzung des ÖPNV, was einen wichtigen Schritt im Kampf gegen den Klimawandel darstellt, müssen andere Verkehrsteilnehmer*innen nicht eingeschränkt werden, wie es derzeit zum Beispiel auf der Aachener Straße durch die Errichtung der Express-Busspur der Fall ist. In den Seilbahnen können die Fahrgäste dem hektischen Kölner Stadtverkehr entgehen und darüber hinweg schweben. Da die Seilbahnen auf Rundstrecken fahren, ist mit kurzen Wartezeiten sowie einer hohen Kapazität zu rechnen.

Zudem weist der Betrieb von Seilbahnen eine gute Ökobilanz auf. Im Gegensatz zu Bussen und PKWs wird die Seilbahn rein elektrisch angetrieben, wodurch der Schadstoffausstoß in Köln reduziert werden könnte. Ein weiterer Vorteil ist, dass der Seilbahnbau in etwa 14-20 Monaten durchzuführen wäre [2]. Wie kräftezehrend die Erweiterung der herkömmlichen Verkehrsmittel sein kann, ist uns aus der Debatte um die Ost-West Achse bekannt. Der Bau eines Seilbahnnetzes wäre vermutlich auch deutlich kostengünstiger, da lediglich die Stationen und Stützen errichtet und Kabinen angeschafft werden müssen. Zudem sind die Seilbahnen, falls das Pilotprojekt von den Kölner*innen nicht so angenommen werden wie erhofft, rückstandslos abbaubar.

Für den Erfolg des Seilbahnnetzes ist von großer Bedeutung, dass die Stationen der Seilbahn hervorragend an die bestehende ÖPNV-Infrastruktur angeschlossen werden. Den Fahrgästen soll der Umstieg von Bussen und Bahnen in die Seilbahnen so leicht wie möglich gemacht werden, damit die Kapazität des Seilbahnnetzes bestmöglich genutzt wird. Dabei könnte auch die Einführung von Wassertaxen in Betracht gezogen werden, um den Rhein, der bisher nahezu ausschließlich durch die Binnenschifffahrt genutzt wird, auch für die Erweiterung des ÖPNV-Angebots zu nutzen. Bei der Errichtung der Seilbahnen ist zu beachten, dass die Barrierefreiheit gewährleistet ist. Bei der Seilbahn in La Paz erfolgt der Einstieg in die in der Station verlangsamte Gondel niveaugleich. Im Notfall kann die Bahn angehalten werden. Auch in den Stationsgebäuden sollen Aufzüge eingebaut werden.

Außerdem ist zu bedenken, dass der Baugrund unter den Seilbahnen nur bedingt nutzbar ist. So könnten unmittelbar unter den Seilen keine größeren Gebäude errichtet werden. Dieser Problematik ist allerdings vermeidbar, indem die Seilbahnen über Straßen errichtet werden. Bei der Streckenführung über bebauten Gebiet ist darüber hinaus zu beachten, dass die Privatsphäre der Anwohner*innen gewahrt bleibt. Das kann zum Beispiel durch halb-durchsichtige Scheiben in Höhe der Hälfte der Kabinen oder durch ausreichenden Abstand erreicht werden. Die Anwohner*innen sollen in alle Schritte des Projektes ausführlich eingebunden werden. Bei Bedarf kann eine Abstimmung aller Bürger*innen vorgenommen werden (vgl. Abstimmung zur Seilbahn in Wuppertal 2019).

Des Weiteren ist zu beachten, dass nach dem Höhenkonzept Innenstadt „das Verhältnis von gebauter Geschichte zur zukünftigen Entwicklung der Stadt“ besonders geprüft werden muss. Zur Bewahrung des Stadtpanoramas, insbesondere im Bereich der Altstadt, sollte die Seilbahn im Innenstadtbereich rechtsrheinisch verlaufen. Darin liegt auch der Unterschied zum Vorschlag der Ratsgruppe GUT, die ein Rheinpendel plant, dass eine Seilbahnlinie über dem Rhein in Form eines Zick-Zack-Kurses vorsieht [4].

Referenzen:

[1] <https://lapaz.doppelmayr.com/>

[2] <https://www.seilbahn-koblenz.de/zahlen-und-fakten.html>

[3] <https://www.mvg.de/ueber/mvg-projekte/bauprojekte/seilbahn-fuer-muenchen.html>

[4] <https://www.dieguten.koeln/tag/rheinpendel/>

16 - A12 Mehr bezahlbare Räume für Künstler*innen, Musiker*innen und Kulturschaffende

Antragsteller*in: Stadtbezirk Lindenthal
Tagesordnungspunkt: Angenommene Anträge

Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Stadtrat

Antragstext

1 Die Ratsfraktion der KölnSPD wird aufgefordert, sich zukünftig vermehrt für ein
2 breiteres Angebot an bezahlbaren Räumlichkeiten für Künstler*innen und
3 Musiker*innen einzusetzen, um die Förderung lokaler Kulturschaffender auszubauen
4 und Köln als kulturellen Standort zu erhalten. So können zum Beispiel mit
5 Subventionen, in Verbindung mit der Nutzung für die kulturelle Szene, Anreize
6 geschaffen werden, oder bei zukünftigen Vergaben von Grundstücken und Gebäuden
7 sowie der Quartiersentwicklung darauf geachtet werden, nicht nur nach
8 ökonomischen, sondern auch nach konzeptionellen Kriterien zu entscheiden. Hier
9 wäre eine „Kulturquote“ ein wichtiger Parameter bei der (Neu-)Bebauung. Auch ist
10 das Erwerben bestehender Immobilien (Hallen), oder der Umbau eigener Gebäude
11 (z.B. Forts/Bunker) eine Möglichkeit und kann genutzt werden, um der großen
12 Nachfrage gerecht zu werden. Mehr als 1.500 Bands brauchen in Köln ein
13 professionelles Probeumfeld.

Begründung

„Kultur lebt in Köln“ heißt es oft und Köln kann sich zu Recht auch als Kulturstadt bezeichnen. Vor allem die Vielfalt der unterschiedlichen Kulturszenen bietet ein breites Angebot und „erreicht in der Spitze ein international konkurrenzfähiges Niveau.“ Die Kultur ist der Puls einer lebendigen Gesellschaft und trägt maßgeblich zum Wohlbefinden bei. Von Klein- und Solomusiker*innen, über bildende Künstler*innen bis zu großen Arrangements, die international bekannt sind, hat Köln einiges zu bieten. Auch die Vielfalt an Möglichkeiten sich auf Bühnen zu präsentieren, ist in Köln gegeben.

Ein großes Problem für viele Künstler*innen ist allerdings die Suche nach einer geeigneten und bezahlbaren Räumlichkeit. In den seltensten Fällen ist dafür Platz in den eigenen vier Wänden. Allerdings sind Monatsmieten von über 400 Euro für Proberäume keine Seltenheit. Ein Preis, den sich vor allem Solokünstler*innen nicht leisten können. In einer Studie des SocioCologne e.V. am Institut für Soziologie und Sozialpsychologie der Universität Köln heißt es: „Von den 400 berücksichtigten Proberäumen von

professionellen Anbietern im Raum Köln, waren nahezu 100% ausgelastet“. Sobald ein „Slot“ in einem dieser Räume frei wird, rückt direkt der oder die nächste Künstler*in nach.

Laut der Studie wären mindestens noch weitere 100 Proberäume nötig, um den Bedarf annähernd zu decken. Hinzu kommt, dass einige Anbieter die zur Verfügung gestellten Räume nicht adäquat ausbauen, so dass Feuchtigkeit und Schimmel keine Seltenheit sind. Hier muss die Stadt Köln handeln, um nicht den kulturellen Anschluss zu verlieren. So braucht es einen unbürokratischeren Weg für das Bauen von neuen Räumlichkeiten und Umbauen bestehender Gebäude sowie finanzielle Anreize in Verbindung mit der Nutzung für die kulturelle Szene in Köln.

17 - A13 Neue Städtepartnerschaften auf dem Afrikanischen Kontinent schaffen

Antragsteller*in: Stadtbezirk Innenstadt
Tagesordnungspunkt: Angenommene Anträge

Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Stadtrat

Antragstext

1 Die Stadt Köln pflegt gegenwärtig 22 Städtepartnerschaften auf vier Kontinenten
2 – davon nur eine auf dem afrikanischen Kontinent. Die bestehende Partnerschaft
3 mit der Stadt Tunis spiegelt aus unserer Sicht die Vielfalt und Diversität
4 Afrikas nur eingeschränkt wieder.

5 Städtepartnerschaften stehen für den gelebten Willen zur Völkerverständigung.
6 Das gegenseitige Kennenlernen, der Abbau von wechselseitigen Vorurteilen sowie
7 das Verständnis für andere Kulturen sind der Kern von Städtepartnerschaften. Sie
8 können auf kommunaler Ebene einen wertvollen Beitrag leisten Frieden zu
9 schaffen, ihn dauerhaft zu wahren und den Wohlstand für die Bürger*innen zu
10 mehren.

11 Wir möchten, dass die Stadt Köln ihre Partnerschaften auf dem afrikanischen
12 Kontinent ausweitet und bis zum Jahr 2023 eine weitere afrikanische
13 Städtepartnerschaft schließt.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

18 - A15 Freiwilliges Wissenschaftliches Jahr

Antragsteller*in: Stadtbezirk Innenstadt

Tagesordnungspunkt: Abgelehnte Anträge

Weiterleitung an: Landeskonzferenz der NRWJusos

Antragstext

1 Seit 2011 ist es in Niedersachsen an einigen Hochschulen möglich ein
2 Freiwilliges Wissenschaftliches Jahr anzutreten. Neben dem Freiwilligen Sozialen
3 Jahr und dem Freiwilligen Ökologischen Jahr ist es nun auch möglich im Zuge
4 dieses Jahres wissenschaftliche Grunderfahrungen zu sammeln. Hierbei können sich
5 Schulabsolvent*innen an Universitäten und Hochschulen bewerben und sich ein
6 eigenes Forschungsprojekt aussuchen, welches sie über das Jahr konstant
7 erarbeiten. So soll das Interesse für Forschungsberufe geweckt und die
8 freiwillige praktische Tätigkeit zu einer Studienorientierung anregen.

9 Die Jusos Köln beschließen, dass in NRW das Freiwillige Wissenschaftliche Jahr
10 ermöglicht werden soll. Nach dem niedersächsischen Vorbild soll dieses Modell im
11 Rahmen eines Freiwilligen Sozialen Jahres mit entsprechender Vergütung
12 ermöglicht werden. Das Modell darf jedoch nicht zu einer Konkurrenz zu
13 studentischen Hilfskräften führen. Auch außeruniversitäre Forschungsinstitute
14 sollen eingebunden bzw. eingeplant werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

19 - A6 Mo(o)re Grundwasser als Grundlage

Antragsteller*in: Stadtbezirk Kalk
Tagesordnungspunkt: Angenommene Anträge

Weiterleitung an: Landeskonferenz der NRW Jusos, Parteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Wir fordern, dass Maßnahmen zum Umstieg der konventionellen zur ökologischen
2 Landwirtschaft getroffen werden. Dieser Umstieg benötigt Zeit und es müssen,
3 damit dieses Ziel erreicht werden kann, Maßnahmen in den verschiedensten
4 Bereichen ergriffen werden. Viele dieser notwendigen Maßnahmen sind bekannt,
5 einige andere erfordern aus unserer Sicht jedoch höhere Aufmerksamkeit. Dazu
6 zählen für uns u. a. folgende Bereiche:

- 7 • die Wiederauffüllung der Grundwasserspeicher

- 8 • die Wiedervernässung der Moore

9 Deshalb fordern wir die Einführung einer Netto-Null für die Entnahme von
10 Grundwasser in Deutschland. Dies bedeutet, dass langfristig nicht mehr
11 Grundwasser entnommen werden darf, als sich (auf natürlichem Weg) nachbildet. Um
12 dies zu erreichen, müssen geeignete Maßnahmen getroffen werden. Ziel muss sein,
13 dass das Wasser besser versickern kann. Hierfür gilt es lokale Lösungen mit
14 allen Beteiligten zu finden. Mögliche Lösungen stellen aus unserer Sicht
15 beispielsweise die Entsiegelung von Flächen, das bessere Auffangen und
16 Speichern, vor allem der Niederschläge im Winter, oder eine effizientere
17 Bewässerung dar. Alle Maßnahmen würden nicht nur dem Grundwasser, sondern dem
18 gesamten Wasserkreislauf zu Gute kommen. Dies trifft vor allem auf Maßnahmen zu,
19 die eine effizientere Bewässerung zur Folge hätten.

20 Bevor die Netto-Null eingeführt wird, muss allerdings der Grundwasserspiegel
21 erhöht werden. Hierfür soll der Grundwasserspiegel auf ein Niveau gebracht
22 werden, das wissenschaftlich als ökologisch tragbar angesehen wird. In den

23 Jahren bis dieser Stand erreicht ist, muss also dafür Sorge getragen werden,
24 dass sich mehr Grundwasser neu bildet, als entnommen wird.

25 Eine weitere entscheidende wasserschonende Maßnahmen ist die Wiedervernässung
26 der Moore, allerdings trägt die Wiedervernässung der Moore zusätzlich noch in
27 erheblichem Maße zum Klimaschutz bei. Deswegen fordern wir, dass Moore in
28 Deutschland soweit wie möglich wiedervernässt werden müssen. Hierzu zählen auch
29 alle agrarwirtschaftlich genutzten Flächen. Die Eigentümer dieser Flächen müssen
30 entschädigt werden. Bei bebauten Flächen müssen individuelle Lösungen erarbeitet
31 werden. Außerdem fordern wir keine weiteren Moore in Deutschland trocken zu
32 legen.

Begründung

Aufgrund des voranschreitenden Klimawandels und dem damit einhergehenden Mangels an Niederschlag in den Sommermonaten kommt es in vielen Regionen Deutschlands zu einer zunehmende Entnahme von Grundwasser durch die Landwirtschaft und anderen Akteur*innen. Die zunehmenden Niederschläge im Winter können dies jedoch nicht ausgleichen. Dies hat einen gravierenden Abfall des Grundwasserspiegel zu Folge. Da das Grundwasser jedoch nicht nur eine herausragende Bedeutung für alle Ökosysteme hat, sondern auch für die Trinkwasserversorgung in Deutschland, sehen wir es als elementar an das Grundwasser zu schützen.

Die Wiedervernässung von Mooren ist eine entscheidende Säule im Kampf gegen das Artensterben und den Klimawandel. Entwässerte deutsche Moore (ca. 95 %) emittieren jährlich 44 Mio. t CO₂-Äquivalente (inkl. des 25-mal klimaschädlicheren Methans CH₄ und des 300-mal klimaschädlicheren Lachgases N₂O). Das entspricht 5 % der deutschen CO₂-Emissionen 2018. Der Anteil der CO₂-Emissionen des Luftverkehrs betrug 2015 im Vergleich dazu lediglich 2,69 %. Moore sind aber nicht nur für den Klimaschutz wichtig. Naturnahe Moorlandschaften wirken im Wasserhaushalt einer Landschaft wie ein Schwamm. Sie können innerhalb kurzer Zeit viel Wasser aufnehmen und leisten dadurch auch einen wichtigen Beitrag für den Hochwasserschutz. Bei starkem Regen oder Überflutungen saugen sie durch ihre enorme Speicherfähigkeit das Wasser auf und geben es erst langsam wieder an die Umgebung ab. Moore erfüllen auch wichtige Funktionen bei der Grundwasserneubildung. Sie sind regelrechte Wasserfilter. Die Pflanzen nehmen die im Wasser gelösten Nähr- und Schadstoffe auf. Durch die Torfbildung werden sie dauerhaft im Moor eingeschlossen. Eine Renaturierung der Moore dient also neben dem Klimaschutz ebenso dem Wasser- und Naturschutz.

Und nasse Moore brennen nicht! Denn je wärmer es wird, desto häufiger werden Brände trockengelegter Moore gemeldet. Das Feuer hat im trockenen Torf leichtes Spiel. Oft dauert es Monate, bis die letzten Glutnester gelöscht sind.

20 - A7 Ich & mein Holz!

Antragsteller*in: Stadtbezirk Kalk
Tagesordnungspunkt: Abgelehnte Anträge

Weiterleitung an: Landeskonferenz der NRW Jusos, Parteitag der
KölnSPD

Antragstext

1 Wir fordern, dass alle zukünftig gebauten öffentlichen Gebäude so weit wie
2 möglich den Rohstoff Holz nutzen. Zukünftige Sanierungen sollen ebenfalls, wo
3 möglich, mit Holz erfolgen. Außerdem müssen bürokratische Hürden abgebaut werden
4 um den Bau von Holzhäusern attraktiver zu machen.

5 Des Weiteren fordern wir die Förderung von Forschungsprojekten für Holz als
6 Baumaterial. Bestandteile des Holzes, die bei der Produktion der Baumaterialien
7 nicht als solche verwendet werden, müssen entsprechend der Kaskadennutzung und
8 Kreislaufwirtschaft bestmöglich Verwendung finden. Selbiges gilt für die
9 Verwendung des Holzes, nachdem es als Baumaterial keine Verwendung mehr findet.
10

11 Dabei soll ein nachhaltiger Forstbetrieb und eine ökologische Waldwirtschaft im
12 Vordergrund stehen und entsprechend gefördert werden. Die verstärkte Nutzung von
13 Holz als Baustoff darf nicht zu Lasten der bereits schwindenden Waldbestände
14 gehen.

Begründung

Aktuell werden Häuser in Deutschland vor allem aus Ziegeln, Zement und Stahl gebaut. Die Erzeugung von Stahl und Zement ist für 16 % des weltweiten CO₂ Ausstoßes verantwortlich. Aus diesem Grund müssen nachwachsende Rohstoffe wie Holz mehr genutzt werden. Holzhäuser binden für ihre Lebensdauer CO₂, welches nicht in die Atmosphäre entweichen kann. Es gibt also einen doppelt positiven Effekt für das Klima. Seit Jahren gibt es mittlerweile auch in Deutschland einen Trend zum Baustoff Holz. Baden-Württemberg hat bereits 2018 17 Millionen Euro für den Um- und Neubau von Landesgebäuden beschlossen. Ziel ist es dort Holz als primären Baustoff zu verwenden und die Bevölkerung über dieses Thema aufzuklären.